

Geissler, Gert

## Zur pädagogischen Diskussion in der DDR 1955 bis 1958

*Zeitschrift für Pädagogik 38 (1992) 6, S. 913-940*



Quellenangabe/ Reference:

Geissler, Gert: Zur pädagogischen Diskussion in der DDR 1955 bis 1958 - In: Zeitschrift für Pädagogik 38 (1992) 6, S. 913-940 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-139852 - DOI: 10.25656/01:13985

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-139852>

<https://doi.org/10.25656/01:13985>

in Kooperation mit / in cooperation with:

# BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

# Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 38 – Heft 6 – November 1992

## *I. Essay*

- 811 CHRISTA BERG  
Fragwürdige Zusammenhänge. Das Problem der Kontinuitäten in der Bildungsgeschichte des 20. Jahrhunderts

## *II. Thema: Frauenforschung*

- 833 MARGRET KRAUL/H.-ELMAR TENORTH  
Frauenforschung: Perspektivenwechsel in der Erziehungswissenschaft? Zur Einleitung in den Themenschwerpunkt
- 839 PIA SCHMID  
Rousseau Revisited. Geschlecht als Kategorie in der Geschichte der Erziehung
- 855 ELKE NYSSSEN/BÄRBEL SCHÖN  
Traditionen, Ergebnisse und Perspektiven feministischer Schulforschung
- 873 DAGMAR HÄNSEL  
Wer ist der Professionelle? Analyse der Professionalisierungsproblematik im Geschlechterzusammenhang
- 895 HANNELORE FAULSTICH-WIELAND  
Veränderung der Jugendarbeit durch die Frauenforschung

## *III. Diskussion*

- 913 GERT GEISSLER  
Zur pädagogischen Diskussion in der DDR 1955 bis 1958

- 941 BERND ZYMEK  
Historische Voraussetzungen und strukturelle Gemeinsamkeiten der  
Schulentwicklung in Ost- und Westdeutschland nach dem zweiten  
Weltkrieg

#### *IV. Besprechungen*

- 965 ACHIM LESCHINSKY  
Jahrbuch für Pädagogik 1992. Erziehungswissenschaft im deutsch-  
deutschen Vereinigungsprozeß
- 968 HEINRICH TUGGENER  
*Karl Wilhelm Eduard Mager: Gesammelte Werke in 10 Bänden*
- 973 PHILIPP GONON  
*Karlwilhelm Stratmann: „Zeit der Gärung und Zersetzung“ – Arbei-  
terjugend im Kaiserreich zwischen Schule und Beruf. Zur berufspäd-  
agogischen Analyse einer Epoche im Umbruch*
- 976 WILFRIED BREYVOGEL  
*Walter Hornstein: Aufwachsen mit Widersprüchen – Jugendsituation  
und Schule heute. Rahmenbedingungen – Problemkonstellationen –  
Zukunftsperspektiven*

#### *V. Dokumentation*

- 981 Pädagogische Neuerscheinungen

## *Contents*

### *I. Essay*

- 811 CHRISTA BERG  
Questionable Interrelations. The Problem of Continuities In  
20th Century Educational History.

### *II. Topic: Feminist Research*

- 833 MARGRET KRAUL/H.-ELMAR TENORTH  
Feminist Research: A Change of Perspective In Educational Science  
– An Introduction
- 839 PIA SCHMID  
Rousseau Revisited – Gender As a Category In the History of  
Education
- 855 ELKE NYSSSEN/BÄRBEL SCHÖN  
Traditions, Results, and Perspectives of Feminist School Research
- 873 DAGMAR HÄNSEL  
Who Is the Professional? An analysis of the problem of  
professionalization with regard to gender
- 895 HANNELORE FAULSTICH-WIELAND  
Changes In Youth Welfare Work Brought About By Feminist  
Research

### *III. Discussion*

- 913 GERT GEISSLER  
The Pedagogical Discussion In the GDR Between 1955 and 1958
- 941 BERND ZYMEK  
Historical Preconditions Of and Structural Similarities Between the  
School Development in East and West Germany After the Second  
World War

### *IV. Reviews*

965

### *V. Documentation*

981

GERT GEISSLER

# Zur pädagogischen Diskussion in der DDR 1955 bis 1958

## *Zusammenfassung*

In den Jahren von 1955 bis 1958 fand in der DDR eine letzte, auch die Öffentlichkeit einbeziehende pädagogische und schulstrukturelle Diskussion statt, deren Ausgang präformierend war für die Entwicklung in den folgenden drei Jahrzehnten und den schließlichen Zusammenbruch des politischen Systems einschließlich der Schule. Untersucht werden Bedingungen, Verlauf und Resultat dieser Diskussion vornehmlich anhand bislang unerschlossener Archivalien, die insbesondere Auskunft geben über interne politische Spannungen, bildungspolitische Erwägungen und konträres Wissenschaftsverständnis im Kreis der maßgeblichen Erziehungswissenschaftler und Schulfunktionäre.

## *1. Problemstellung*

Auf dem V. Parteitag der SED (10.–16. 7. 1958) vollzog WALTER ULBRICHT die Generalabrechnung mit seinen seit 1955 sichtbar gewordenen innerparteilichen Kritikern. Hinsichtlich der „führenden Genossen im Ministerium für Volksbildung“ und der Differenzen in schulpolitischen Fragen erklärte er: „Offenkundig bestanden prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, die darauf zurückzuführen sind, daß es Genossen gibt, die sich nicht klar darüber waren, daß der Staatsapparat das Hauptinstrument zum Aufbau des Sozialismus und keine neutrale Angelegenheit ist. Das ist die Hauptdifferenz“ (PROTOKOLL 1959, S. 973). Näher auf diese Differenzen ging der Bericht des Zentralkomitees (ZK) der SED ein, in dem es hieß: „Vom Ministerium für Volksbildung wurden durch opportunistisches Verhalten besonders im Jahre 1956 die zur Durchführung der Parteibeschlüsse erforderlichen Anordnungen aufgehoben oder nicht durchgesetzt. ... Der Revisionismus auf dem Gebiet der Pädagogik richtete sich vor allem gegen die besondere Förderung der Arbeiterkinder, vertrat die reaktionäre Theorie der ‚Begabtenauslese‘, verbreitete die irreführende Lösung von der ‚Überlastung der Kinder‘, versuchte das Bildungsniveau herabzudrücken und die Schule vom sozialistischen Leben zu trennen“ (ebd., S. 1560).

Im folgenden sollen vornehmlich anhand von bislang unerschlossenen Akten aus dem Bestand des ehemaligen Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts (DPZI)<sup>1</sup> Ursachen und Verlauf der von der SED-Führung 1958 unterbundenen „revisionistischen“ Entwicklung untersucht werden. Das Interesse gilt dabei insbesondere der Rolle maßgeblicher Erziehungswissenschaftler und Schulfunktionäre in der Diskussion um Schulstruktur, Lehrplan und das Verhältnis zur Reformpädagogik.

## 2. Zur Ausgangslage

Mitte der fünfziger Jahre befand sich die Schule der DDR trotz der Einbindung in das noch nicht voll entfaltete politische, ideologische und wirtschaftliche Herrschaftsgefüge der SED in einem an Koordinaten reichen Spannungsverhältnis. Nach dem Tode J. W. STALINS und dem „Neuen Kurs“ vom Juni 1953 (vgl. GEISSLER 1990) entstanden in der SED bis in deren Führung hinein Meinungsverschiedenheiten über die konkrete Gestaltung und das Tempo des „sozialistischen Aufbaus“ in der DDR (vgl. SCHIRDEWAN 1990). Damit konnte sich in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung Fachkompetenz wieder stärker durchsetzen. Es entstanden Freiräume für konstruktives, sachgerechtes Denken auch im Bereich der Schule und der Erziehungswissenschaft. Die zu Beginn der fünfziger Jahre durch eine außerordentlich rigide politische und ideologische Disziplinierung unterbundene interne schulstrukturelle und pädagogische Diskussion setzte allmählich wieder ein. Es zeigte sich, daß auch in der SED, der das Führungspersonal an den Schulen, in der Schulverwaltung und in der pädagogischen Wissenschaft weitgehend angehörte, unterschiedliche Auffassungen und Interessen fortbestanden. In der älteren Lehrerschaft insbesondere an den Grundschulen, aber auch bei Schulfunktionären waren die 1949 von der SED-Schulpolitik zurückgewiesenen Vorstellungen aus dem Umkreis des Arbeitsschulgedankens (vgl. GEISSLER 1991, S. 537 ff.) lebendig geblieben. Zugleich wirkten an den Universitäten, insbesondere in Berlin, Dresden, Halle und Jena, die früheren erziehungswissenschaftlichen Schulen wieder stärker nach. Hoffnungen entstanden, und es schien, als könne wissenschaftliche Pluralität und pädagogische Verantwortung in den Grenzen der Reformansätze aus der unmittelbaren Nachkriegszeit zurückgewonnen werden. Gegenüber der SED und in dieser Partei wurde versucht, die Kompetenzen des Staates, ebenso wie die der Wissenschaft, neu festzustellen.

## 3. Beginn der Diskussion

Am 30.3.1954 hatte ULBRICHT auf dem IV. Parteitag der SED, verbunden mit der Kritik an Partei-, Schul- und Gewerkschaftsfunktionären, eingeräumt, daß es „zeitweise in den Kreisen der Lehrer Unklarheit über das Wesen des neuen Kurses, den Charakter unseres Staates und das Erziehungsziel“ gegeben habe (vgl. DOKUMENTE 1970, S. 500). Er verlangte demgemäß eine Verstärkung der „ideologisch-politischen Arbeit“. Der „neue Kurs im Schulwesen“ – tatsächlich ging es um Sicherung von Kontinuität – bestehe darin, „das wissenschaftliche Niveau des Unterrichts zu erhöhen, einen energischen Kampf gegen die Unordnung im Ablauf des Schullebens und gegen das Zurückbleiben und Sitzenbleiben zu führen“ (ebd.).<sup>2</sup> Zudem habe die Zehnklassenschule<sup>3</sup> „durch Fehler des Ministeriums für Volksbildung nicht die notwendige Förderung erhalten“, und es sei erforderlich, „aufs neue zu beginnen, eine durchdachte zehnklassige Schulbildung zur Ausbildung des mittleren Kadernachwuchses für alle Zweige der Volkswirtschaft zu organisieren“ (vgl. ebd., S. 50). In diesem Zusammenhang war durch Regierungsbeschluß vom 4.3.1954 für die Absolventen der 10. Klassen der vollausgebauten und nicht vollausgebauten Oberschule<sup>4</sup> die

Einführung einer „Prüfung der mittleren Reife“ verfügt worden, „die als Grundlage für den Übergang an Fachschulen“ dienen sollte (ebd., S. 484).

Diese mit Blick auf „Kaderbedarf“ vornehmlich in der Volkswirtschaft, aber auch in propagandistischer Absicht erhobene Forderung traf auf eine Schule, die sich in einem Zustand hoher Labilität befand. Die mit einer durchgreifenden Ideologisierung verbundene Adaption sowjetischer Mittelschullehrpläne und des Systems der Prüfungen nach jedem Tertial und jedem Schuljahr hatte seit 1951 die Überbürdungsproblematik unerträglich verschärft. Die Verfachlichung der Schulbildung nahm mit diesen Lehrplänen, die zunehmend der Systematik der Wissenschaften folgten und entwicklungspsychologisch völlig unbedacht blieben, sprunghaft zu. Zwar erfuhren diese Lehrpläne Korrekturen, aber ihr Muster setzte sich auch in den folgenden Jahren hartnäckig gegenüber der zumeist ignorierten Kritik erfahrener Lehrer durch. Überlastet blieben nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrer. Ein großer Teil der Pädagogen trug an schulfremden Aufgaben oder befand sich in einer zeitaufwendigen Weiterbildung, die nur bedingt hinreichende fachwissenschaftliche und pädagogische Qualifikation bot. Die Schulklassen blieben überfüllt, und die berufliche Fluktuation der Lehrer hielt an. Der Prozentsatz der im Bereich der allgemeinbildenden Schulen angestellten Lehrer und Schulfunktionäre, die „republikflüchtig“ wurden, erreichte im Jahre 1955 schließlich einen vorläufigen Spitzenwert (2,33%, 1759 Personen, davon mehr als ein Viertel SED-Mitglieder und vorrangig Unterstufenlehrer – vgl. KASPER 1991, S. 170).

Unstetigkeit des Schullebens, schließlich wachsendes Desinteresse bei den Lehrern brachten zudem begonnene oder angekündigte Strukturveränderungen im Schulwesen, die teilweise über Nacht zugunsten neuerlicher Pläne der Administration aufgegeben worden waren. Eine Integration der verschiedenen Bereiche des Bildungswesens konnte nicht erzielt werden. In der Lehrerausbildung rivalisierten mit den Pädagogischen Fakultäten an den Universitäten und den besonders seit 1953 eingerichteten Pädagogischen Instituten zwei Modelle in unterschiedlicher Zuständigkeit. Pädagogische Forschung und Lehre befanden sich noch immer in einem personellen Umbruch, der erheblichen wissenschaftlichen Niveauverlust brachte und politisch aggressiven Dilettantismus zu Werke gehen ließ.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich nach dem SED-Parteitag im Redaktionskollegium der Zeitschrift „Pädagogik“, der mit ihrer Monopolstellung die Orientierungsfunktion in der offiziellen Erziehungswissenschaft und Schulpolitik zukam,<sup>5</sup> eine erste Diskussion über das Problem der Allgemeinbildung und die Schulstruktur. In der diesem Thema ausschließlich gewidmeten Sitzung vom 17.12.1954 (vgl. APWA – 1849) erklärte EMIL HRUSCHKA,<sup>6</sup> Stellvertreter Direktor des DPZI, es sei an der Zeit, nicht mehr wie bisher „an den Lehrplänen herumzukorrigieren“, sondern „das ganze System der Allgemeinbildung zu untersuchen“. Die Lernergebnisse seien schlecht, da die Kinder überfordert würden.<sup>7</sup> Jene Kinder aber, die „es mit den an sie gestellten Forderungen ernst nehmen“, würden aufhören, „Kinder zu sein“. Verlangt wurde vor allem von dem Berliner Sonderschulpädagogen REINHOLD DAHLMANN eine „differenzierte Allgemeinbildung“. Die Regelung zur Mittleren Reife wurde abgelehnt. Mit ihr ergebe sich, erklärte WERNER DORST,<sup>8</sup> Direktor des DPZI, eine „abgehackte Bildung“. Insbesondere HEINRICH DEITERS, Dekan der Päd-

agogischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, wandte sich gegen diese Regelung, da mit ihr der „organische Bildungsgang der Oberschule“ zerrissen werde. Seine Meinungen gingen dahin, die Grundschule möglichst bald allgemein um zwei Jahre zu verlängern, damit mehr Zeit für den Bildungsgang zu gewinnen und dessen künstlerische und ästhetische Komponente zu verstärken. An die Zehnklassenschule solle für jene Absolventen, „die für ein wissenschaftliches Studium geeignet erscheinen“, ein zweijähriger „Vorbereitungslehrgang“ anschließen. Der „jetzt vorhandene Dualismus“ von Allgemeinbildung (Grundschule) und höherer Allgemeinbildung (Oberschule) müsse revidiert werden. ROBERT ALT, Bildungshistoriker an der Humboldt-Universität und seit 1954 Mitglied des ZK der SED, trieb diesen Gedanken weiter, indem er sich gegen jede Form einer „höheren Allgemeinbildung“ aussprach. In den Klassen 11 und 12 müsse eine spezielle, keine allgemeine Berufsvorbereitung auf ein Fachstudium erfolgen (vgl. ebd.).

Auf diesen radikalen, für deutsches Bildungsdenken zudem befremdlichen Gedanken ließen sich die übrigen Diskussionsteilnehmer allerdings nicht ein. DORST plädierte dafür, Strukturveränderungen zurückzustellen. Zunächst solle versucht werden, „innerhalb der jetzigen Strukturen unserer Volksbildung alle Möglichkeiten auszuschöpfen“. WOLFGANG GROTH,<sup>9</sup> der bis September 1954 als Hauptabteilungsleiter für Unterricht und Erziehung im Ministerium für Volksbildung tätig gewesen war, pflichtete dem bei. Er verwies auf den aktuellen Bedarf der Wirtschaft an Grundschulabsolventen. Auch sei das Streben nach höherer Bildung keineswegs allgemein. Es beschränke sich im wesentlichen auf „kleinbürgerliche Kreise“ und sei ansonsten der „Überzeugungsarbeit und Überredung“ geschuldet (vgl. ebd.). In einer der vorangegangenen Sitzungen hatte GROTH zudem die Auffassung vertreten, von „einer 10-Klassen-Schule solle man grundsätzlich nicht mehr sprechen“, sondern nur von der zweistufigen Oberschule (vgl. APWA – 0.4.5. DEITERS 56 – 2.7.1954).

Mit einem Votum, die „Zehnklassenschule zur Hauptform der allgemeinbildenden Schule“ werden zu lassen, legte DEITERS dem Redaktionskollegium Thesen vor. Sie wurden in der Sitzung vom 18.2.1955 abgelehnt. Der für den schulpolitischen Kurs der SED 1947 bis 1949 maßgebliche ehemalige Funktionär HANS SIEBERT erklärte, es käme zunächst darauf an, „die achtklassige Grundschule zu sichern“. GROTH stimmte dem zu, zumal „noch heute ... 29% der Schüler nicht das Ziel der 8. Klasse“ erreichten. Staatssekretär HANS-JOACHIM LAABS<sup>10</sup> warnte vor der „Gefahr“, daß „die Lehrer einen Ausweg aus der augenblicklichen Situation in einer Forderung nach der zehnklassigen allgemeinbildenden Schule sehen“. Er beantragte, die Diskussion abzubrechen, da der bevorstehende V. Pädagogische Kongreß sich mit der Frage befassen werde (vgl. APWA – 2676). Schon in der Sitzung vom 10.2.1955 hatte er verlangt, „daß man auf keinen Fall über die Dinge diskutieren sollte, die über den Rahmen unserer jetzigen Finanzkraft hinausgehen“ (vgl. ebd.).

#### *4. Entfaltung der internen Kritik*

Am 25.2.1955 hielt der Minister für Volksbildung FRITZ LANGE<sup>11</sup> auf einer Konferenz aller wissenschaftlichen Mitarbeiter des Deutschen Pädagogischen



Zentralinstituts ein für die pädagogische Diskussion in den nächsten Monaten folgenreiches Referat. LANGE bezeichnete die Einführung der Zehnklassenschule als eine „der wichtigsten Sofortaufgaben“, wobei „der Lehrplan der Grundschule, wenn er wirklich erfüllt werden soll, für die Zehnklassenschule in einigen Fächern“ ausreiche. Weiterhin konstatierte er, es habe „im Ministerium für Volksbildung eine gewisse Selbstzufriedenheit“ geherrscht, Kritik und Selbstkritik seien wenig entwickelt gewesen. Bei der Verwertung von wissenschaftlichen Arbeiten aus der Sowjetunion warnte er vor einer Kopie. Er sprach von einer „Überintellektualisierung der Schule“, mit der das Gefühl „totgeschlagen“ werde. Die Schule müsse den Kindern „Erlebnisse“ vermitteln, und es sei dabei „aus der alten Methode“ zu lernen. Die vormals notwendige „strenge Reglementierung in den Schulen“ sei mittlerweile überholt, eine „gewisse Freizügigkeit und Beweglichkeit in der Gestaltung des Unterrichts“ möglich geworden. Für den Lehrplan gelte: „Lieber weniger, aber besser!“ (vgl. APWA – DPZI – Direktionsakten).

Im Mai 1955 fiel auf einer Sitzung des Sekretariats des ZK der SED im Zusammenhang mit den deutschlandpolitischen Entwicklungen (vgl. WEBER 1991, S. 72f.) die Entscheidung, den seit 1950 anstehenden, dann für 1954 geplanten (vgl. APWA – 1849 – Protokoll der Sitzung des Redaktionskollegiums der Zeitschrift „Pädagogik“ vom 18. 9. 1953 – S. 5), schließlich zum August 1955 angesetzten V. Pädagogischen Kongreß (vgl. GLÄSER/LOST 1981, S. 29) erneut zu verlegen. Über die damit verbundene Veränderung der Grundkonzeption des Kongresses berichtete LAABS am 7. 6. 1955 im Redaktionskollegium der „Pädagogik“. Zum Schwerpunkt solle der Nachweis erhoben werden, „daß die DDR der Träger der fortschrittlichen pädagogischen Wissenschaft Deutschlands“ sei (vgl. APWA – 2676). Es müsse gezeigt werden, „wie zu erreichen ist, daß offensichtlich wird, daß sich einzig und allein in der DDR die pädagogische Wissenschaft weiterentwickeln kann und wird“ (ebd.). Die westdeutschen Pädagogen müßten „erkennen lernen, daß ihre Bemühungen um eine richtige und fortschrittliche Pädagogik letzten Endes nur in der DDR verwirklicht werden können“ (ebd.). Die „neue fortgeschrittene Pädagogik“ aber könne „sich nur auf der Grundlage der Werke unserer großen deutschen fortschrittlichen Pädagogen entwickeln“. Deshalb gelte es, „die modernen deutschen Pädagogen bis zur Gegenwart einschl. der Pädagogen Westdeutschlands auszuwerten, um so zu einer sozialistischen Pädagogik zu kommen“ (vgl. ebd.).

Mit diesen Überlegungen hatten sich auch hinsichtlich der Schule Vorstellungen in der SED-Führung durchgesetzt, denen zufolge durch die wachsende „Ausstrahlungskraft des Sozialismus“ auf lange Sicht Bedingungen für das Entstehen eines einheitlichen deutschen Staates nach dem Vorbild der DDR geschaffen werden sollten. Allerdings ließ sich die SED-Führung in der Hoffnung, Interesse für ihre Politik unter westdeutschen Pädagogen finden zu können, darauf ein, von der 1949 mit dem IV. Pädagogischen Kongreß dominant gewordenen Negativbewertung fast der gesamten deutschen Erziehungsgeschichte abzugehen. Für die Erziehungswissenschaftler ergab sich nun die Möglichkeit, diese intern ohnehin strittige Bewertung abzutragen, ihre Diskussion entgegen der vorangegangenen Sowjetisierungstendenz in bezug zur nationalen historischen Überlieferung zu halten und der westdeutschen Erziehungswissenschaft wieder konstruktiv zu begegnen.

Im Auftrage des Ministers für Volksbildung konstituierten sich im September beim DPZI vier Arbeitskreise zur Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses. Ihre Aufgabe war die Erarbeitung von „Thesen zur Geschichte der deutschen Pädagogik“. Als sicher galt, daß Korrekturen notwendig waren, insbesondere bezüglich schematischer und oberflächlicher Urteile über die Reformpädagogik. Über das am DPZI eingerichtete „Büro für gesamtdeutsche Fragen“ und mittels einer regen Reisetätigkeit wurde versucht, namhafte westdeutsche Erziehungswissenschaftler für eine Mitarbeit an den „Thesen“ (GRUNDPROBLEME 1956), später für die Teilnahme am Kongreß zu gewinnen.<sup>12</sup> Diesem Versuch blieb, was die „Thesen“ anbelangte, allein schon wegen der Terminprobleme, Ergebnislosigkeit beschieden. Gegen ihn standen auf westdeutscher Seite grundsätzliche politische Erfahrungen und wissenschaftliche Bedenken. Aber auch unter Pädagogen in der DDR gab es Zweifel an der Ernsthaftigkeit der „Kurskorrektur“. KARL RÖSSGER beispielsweise, ein durch frühere Publikationen ausgewiesener Pädagoge der Arbeitsschule, von SIEBERT im April 1949 auf einer Tagung öffentlich zurechtgewiesen,<sup>13</sup> lehnte die ihm angetragene Teilnahme am Arbeitskreis und den „zu erwartenden Direktiven“ im Blick auf seine Erfahrungen seit 1949 ab (vgl. APWA – DPZI 1455).<sup>14</sup>

Die „Thesen“ ließen Distanzierung von bisherigen Pauschalurteilen zur deutschen Erziehungsgeschichte erkennen<sup>15</sup> und auch geistige Eigenständigkeit gegenüber der sowjetischen Schule und Pädagogik.<sup>16</sup> Am 15. 12. 1955 wurden sie auf eine Konferenz im DPZI abschließend beraten. Minister LANGE setzte dabei wie schon auf der Pädagogischen Konferenz vom 2. bis 5. 10. 1955 (vgl. LANGE 1955, S. 3) weitere kritische Akzente. In einem spontan gehaltenen Redebeitrag warnte er vor Ignoranz gegenüber Entwicklungen in den westlichen Ländern. Es gebe „zur Zeit in der Sowjetunion eine sehr ernsthafte Auseinandersetzung der Wissenschaftler – und zwar auf allen Gebieten – über eine nicht richtige Einschätzung der Entwicklung in den kapitalistischen Ländern“. LANGE wandte sich gegen die politisch nun unergiebigste Ansicht, wonach die westdeutschen Lehrer „eine einzige reaktionäre Masse“ seien. Es handele sich vielmehr um Menschen „von gleichem Fleisch und Blut“ (vgl. APWA – 1455).

Der Minister kritisierte auch Ignoranz gegenüber dem Erbe der deutschen Pädagogik, dem nun, da „man Boden unter den Füßen habe“ und die Kader „im großen und ganzen einigermaßen stabil“ seien, unbefangen begegnet werden könne. Dabei dachte LANGE insbesondere an den didaktischen und methodischen Erfahrungsschatz der deutschen Reformpädagogik, auf den es sich seiner Auffassung nach wieder zu besinnen gelte. Beispielsweise sei unter „Mißachtung der Erfahrungen ganzer Lehrerergenerationen“ der Rechenunterricht „verhunzt“ worden, und der Schulaufsatz gebe „in manchen Fällen“ nichts anderes als „eine rotlackierte Schundliteratur“ ab (vgl. ebd.).

Solche Äußerungen, zu denen bereits erkennbare Tendenzen einer Entdogmatisierung in der UdSSR und sich in der SED teilweise wieder belebende Ideen von einem deutschen Weg zum Sozialismus motivierten, blieben weitgehend intern, in ihrer Rigorosität aber auch isoliert. Was historische Arbeiten zur Reformpädagogik anbelangte, wie sie zunächst ALT (1956) vorlegte, so folgten sie zunächst der von diesem Autor auch im Redaktionskollegium der „Pädagogik“ vertretenen vermittelnden Konzeption. In seiner Sitzung vom 20. 1. 1956 folgte das Kollegium ALT in der Auffassung, daß es nicht angehe, „die Reformpädagogik in Bausch und Bogen zu verdammen“, es aber eben-

sowenig angebracht sei, „sie heute durchweg als fortschrittliche Menschen zu bezeichnen“ (APWA – 2676).

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, der mit der offenen Verurteilung des Personenkultes und von Herrschaftsmethoden STALINS wie in der UdSSR, in Polen und Ungarn innenpolitisches Tauwetter auch in der DDR zu bedeuten schien, kam es in der SED zu erheblichen Irritationen und politischen Differenzen. Während die SED-Führung nur formale Korrekturen zuzulassen gedachte, drangen insbesondere Intellektuelle in der SED auf Demokratisierung von Staatspartei und Gesellschaft (vgl. WEBER 1991, S. 75 ff.; GLÄSER/LOST 1981, S. 51 ff.). Demgegenüber behandelte die 3. Parteikonferenz der SED (24.–30. 3. 1956) die in der KPdSU aufgeworfenen politischen Fragen nur randständig. Im Mittelpunkt der Konferenz stand nicht das aufgenötigte Thema des „Personenkultes“, sondern „der Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“. Allerdings sprach ULBRICHT in seinem Referat auch Schulfragen mit teilweise kritischen Akzenten an. Künftig sollte die Erziehung mit der Produktion verbunden, der erzieherische Einfluß der Arbeiterklasse beträchtlich verstärkt und alle Schüler mit einer polytechnischen Bildung ausgerüstet werden. Gleichzeitig ermunterte er dazu, „einen breiten wissenschaftlichen Meinungsstreit in den Fragen der Pädagogik zu entfalten“ und „Kampf gegen den Bürokratismus und gegen jede Gängelei der Lehrer“ zu führen (vgl. DOKUMENTE 1969, S. 29).

Diese Aufforderungen blieben politisch zwiespältig und lagen weit ab von der eingreifende Veränderungen versprechenden pädagogischen und schulpolitischen Kritik in der UdSSR. Immerhin aber ließen sie eine Fortsetzung der Diskussion zu, deren Kritikpotential nun unerwartet auch durch die sowjetische Entwicklung angeregt wurde.

## *5. Vorfeld und Wirkung des V. Pädagogischen Kongresses*

Bereits mit der über mehrere Monate reichenden Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses (15.–18. 5. 1956) war allmählich eine pädagogische Öffentlichkeit entstanden, die größer war als die im Umkreis der vorangegangenen gleichartigen Veranstaltungen. Zu Jahresbeginn 1954 hatte beispielsweise die „Pädagogik“ auf Vorschlag von GROTH (vgl. APWA – 0.4.5. DEITERS 56 – Protokoll der Redaktionskollegiumssitzung der Zeitschrift „Pädagogik“ vom 18. 9. 1953) eine Rubrik „Diskussion“ eingerichtet. In einer Analyse vom 13. 1. 1956 konnte die Redaktion der Zeitschrift konstatieren, daß durch „die Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses und den Beginn einer pädagogischen Bewegung die so lange vorhandene Angst vor offener Diskussion endgültig zu schwinden (scheint)“. Diese Entwicklung gebe der Zeitschrift „den seit langem erstrebten Charakter eines Forums zur wissenschaftlichen Diskussion“ (vgl. APWA – 2676).

Im politischen Kontext des Frühjahrs 1956 wurde die von der SED-Führung aus der pädagogischen Sachlage und mit deutschlandpolitischen Absichten zunächst provozierte, dann eher zugestandene Öffentlichkeit zu einem Moment der sich ausweitenden Kritik an Erstarrungen des politischen Systems. Diese Kritik erreichte nicht die zu

Jahresende 1956 bereits mit Verhaftungen (vgl. WEBER 1991, S. 83) geahndete Radikalität wie in anderen Geisteswissenschaften oder in Künstlerkreisen. Sie blieb intern aber hartnäckig und zählebig. Getragen war sie in der Pädagogik auch kaum von jüngeren Wissenschaftlern, die soweit als möglich aus dem Kreis inzwischen studierter Neulehrer rekrutiert wurden. Der pädagogischen Kritik Gepräge, Autorität und Kompetenz verliehen ältere Wissenschaftler, die aus ihrem bis zu den Anfängen des Jahrhunderts zurückreichenden sozialen und demokratischen Erfahrungshorizont die Schulreform in der Sowjetischen Besatzungszone maßgeblich mitgestaltet hatten und sich bemühten, den ursprünglichen Ansatz dieser Reform zu bewahren.<sup>17</sup>

Schon im Vorfeld des Kongresses wurde ein vom Sozialismusverständnis der meisten SED-Führer abweichendes bildungspolitisches und pädagogisches Problembewußtsein offenbar. Während das Politbüro des ZK der SED am 29. 4. 1956 in einem Artikel „Die leninistische Geschlossenheit unserer Partei“ im „Neuen Deutschland“ vor einer „rückwärts gerichteten Fehlerdiskussion“ warnte und für die SED die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dem „Personenkult“ bestritt, artikulierte sich in wissenschaftlichen Publikationen, in der Presse und nach Jahren drückender Administration, wenn auch noch zögerlich, in Lehrerkollegien bereits eine weit gefächerte Schulkritik.

Die Reden, Diskussionsbeiträge und Resolutionen des V. Pädagogischen Kongresses (AUFGABEN 1956) zeugten von diesem politischen Spannungs- und Schwebezustand. Sie ermutigten zu weiterer Diskussion (vgl. ANWEILER 1988, S. 52f.) und bezeichneten jene Bereiche, in denen angesichts der offenkundig gewordenen Probleme Veränderungen beabsichtigt waren. Überwunden werde solle, so erklärte der Minister auf der Grundlage einer Zuarbeit von HRUSCHKA (Vgl. APWA – 1248), die „Betonung der intellektuellen Bildung auf Kosten der Erziehung und des Erwerbs praktischer Fertigkeiten“ (vgl. AUFGABEN 1956, S. 53), ebenso die übermäßige „Reglementierung der Arbeit des Lehrers“ (vgl. ebd., S. 56) und damit „Gleichmäßigkeit oder Schablone“ in der inhaltlichen und methodischen Gestaltung des Unterrichts (vgl. ebd.). In den letzten Monaten sei „jeder dogmatischen Engstirnigkeit“ der „Kampf angesagt“ worden (vgl. ebd., S. 57). Den Lehrern und Erziehern garantierte LANGE Rechtssicherheit (vgl. ebd., S. 61), ihrer Initiative und Eigenverantwortlichkeit solle mehr Raum gegeben werden. Die Entscheidungsbefugnisse der Pädagogischen Räte<sup>18</sup> seien zu erweitern (vgl. ebd., S. 56).

Hinsichtlich des Unterrichts forderte der Minister, diesen so zu gestalten, „daß die Schüler wirklich das Wesen dessen richtig verstehen, was ihnen nahegebracht wird, daß sie grundlegende Fakten sicher beherrschen und in Zusammenhänge einordnen können, daß sie zum selbständigen Denken erzogen werden und jeder Phrasenhaftigkeit der Kampf angesagt wird“ (vgl. ebd., S. 59). Dazu solle in „weit größerem Umfange als bisher ... das pädagogische Erbe in Deutschland nutzbar“ gemacht werden (vgl. ebd., S. 109). Zugleich gelte es, die „bisher häufig vorhandene oberflächliche Beobachtung der Entwicklung in Volksbildung und Pädagogik in Westdeutschland zu überwinden, unsere Lehrer und Erzieher eingehender zu informieren und sich ernsthaft mit den Bemühungen fortschrittlicher westdeutscher Pädagogen zu beschäftigen“ (vgl. ebd., S. 115). Als „wichtigste Maßnahme zur Erhöhung des Bildungsniveaus“ der Jugend bezeichnete LANGE den „Aufbau der zehnklassigen Mittelschule“ (vgl. ebd., S. 60). Die „zentrale Aufgabe“ der Erziehung sei die „Erziehung zum Patriotismus, zur grenzenlosen Ergebenheit und unerschütterlichen Treue zu unserer Republik, zur Sache des Sozialismus, zur Arbeiterklasse und ihrer Partei“ (vgl. ebd., S. 65).

Das Ministerium für Volksbildung hob in der Folgezeit einige besonders beengenden Vorschriften auf und versuchte im Sinne des Kongresses Reformtendenzen in der pädagogischen Wissenschaft, in der Unterrichtspraxis und Schulverwaltung zu bestärken. Die für die theoretische Arbeit entscheidende Rolle fiel dabei dem DPZI zu, das entsprechend instruiert wurde und über eine Reihe von Beratungen und Veranstaltungen die Diskussion weiter öffnete.

Vom 19. bis 20. September 1956 fand am Institut eine Leiterkonferenz statt, auf der DORST feststellte, es sei „nach den Kongressen und Parteikonferenzen“<sup>19</sup> der letzten Zeit notwendig, „daß das Institut zu seiner Arbeit Stellung“ nehme. Erforderlich sei „engere Verbindung der theoretischen Arbeit mit der Praxis“. Weiterhin gelte es, jetzt „den Neudogmatikern“, aber auch „den Bilderstürmern entgegenzutreten“ (vgl. APWA – DPZI – Direktionsakten). Im Auftrag des Ministers begann das DPZI mit der Direktionsberatung vom 1. 12. 1956 schließlich eine „Aussprache über die Beseitigung des Dogmatismus in der Pädagogik“ vorzubereiten, an der leitende Mitarbeiter des Ministeriums, des DPZI, des Volk und Wissen Verlages, Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates des DPZI, Vertreter der Lehrerbildung, der Schulpraxis und der Universitäten teilnehmen sollten. Eine Kommission wurde beauftragt, Materialien zusammenzustellen, „die bei einer Aussprache über die Beseitigung des Dogmatismus in der Pädagogik, und zwar in der Wissenschaft, in der Praxis und in der Verwaltung, unbedingt als Quellenmaterial herangezogen werden müssen“ (vgl. APWA – DPZI – Direktionsakten). Noch vorhandene Formen einer internen Zensur für die Mitarbeiter des Instituts wurden weitgehend aufgegeben<sup>20</sup>.

Die Aussprache fand am 19. 2. 1957 wie vorgesehen und in der Erwartung des Ministers statt, „daß manche Einseitigkeiten und viele Unzulänglichkeiten in der pädagogischen Theorie und Praxis und Verwaltungsarbeit der vergangenen Jahre nunmehr behoben werden können“ (vgl. APWA – 0.4.5. DEITERS 6 – Brief von LANGE an DEITERS – 6. 2. 1956). In seinen einleitenden Bemerkungen bezeichnete LANGE den „Kampf gegen den Dogmatismus“ als vorrangig, warnte aber vor „Revisionismus“, dem „Gegner“ und dem „Feinde“, der die „Reihen verwirren“ wolle (vgl. ebd. – Notizen von DEITERS zum Brief vom 6. 2. 1956). Die gegenwärtige Diskussion müsse, wie DEITERS als Beratungsteilnehmer notierte, „en bloc“ auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus geführt werden (vgl. ebd.). Dieser Linie folgte das ausführliche, später stark überarbeitete und veröffentlichte Hauptreferat von DORST (DORST 1957b, c), der zuvor schon angemahnt hatte, es dürfe bei berechtigter Kritik nicht vergessen werden, „zu welchem Zweck die begangenen Fehler überwunden“ werden müssen (vgl. DORST 1957a, S. 3). Dem Eindruck von DEITERS zufolge ließ das Referat „allerlei Vorbehalte“ erkennen, suchte aber „Entmutigung (zu) vermeiden“. Zwar drohe keine „ernsthafte Gefahr“, aber es sei „doch Sorge erkennbar“ (vgl. APWA – 0.4.5. DEITERS 6 – Notizen zum Brief vom 6. 2. 1956).

In diesem Sinne wurden am 27. und 28. 2. 1957 auf einer erweiterten Leitungssitzung des DPZI weitere Orientierungen gegeben. Es sei „Aufgabe eines jeden wissenschaftlichen Mitarbeiters, dogmatische Erscheinungen auf seinem Gebiet zu korrigieren“. Angeregt wurden „gründliche Untersuchungen über die Struktur des Erziehungs- und Bildungsprozesses, der zu vermittelnden Allgemeinbildung, der polytechnischen Bildung“ sowie der Heimatkunde und des Werkunterrichts. Mit der dringend erforderlichen stofflichen Entlastung der Lehrpläne müßten Veränderungen in der Methodik des Unterrichts einhergehen. In der Diskussion wurde mehrfach ein kindgemäßer Unter-

richt verlangt. Kinder seien nicht als Untergebene des Lehrers anzusehen. An der Zeit sei ein neues Verständnis von Erziehung, und es müsse das Kind seine Rechte, der Lehrer pädagogische Freiheit erhalten (vgl. APWA – DPZI – Direktionsakten).

Der Vorschlag, einen „Sprung zurück“ zu wagen und direkt an reformpädagogische Unterrichtsauffassungen von vor 1933 anzuschließen, wie ihn beispielsweise WERNER HORTZSCHANSKY<sup>21</sup> eingebracht hatte, stieß allerdings bei der Institutsleitung auf Widerspruch. In der Schule der DDR sei „viel Positives erreicht“ worden, „das man auf keinen Fall ignorieren“ dürfe (vgl. ebd.). Insgesamt war es die Absicht der Leitung und auch die des Ministeriums, gegen den noch nicht offenen Widerstand orthodoxer Kräfte eine systemstabilisierende Reform durchzusetzen, die den radikalen Bruch mit der konservativen Schulpolitik und Pädagogik der frühen fünfziger Jahre aber vermied. Alle Überlegungen zu einer Reform der Schulstruktur, des Lehrplans und ansatzweise auch der Unterrichtsmethoden gingen mit einer systemsichernden und ideologieaufgeladenen „patriotischen Erziehung“ einher, die zeitgleich, u. a. durch die seit 1954 stattfindende Jugendweihe, forciert wurde. Im Kern ging es darum, die Konzentration auf eine in ihren Anforderungen als überhöht erkannte Bildung – auch in dem 1957/58 eingeführten Fach Staatsbürgerkunde (vgl. KASPER 1991, S. 134ff.) – zugunsten von Erziehung zu revidieren. Damit ergab sich ein schulpädagogisches Konzept, das strukturell eine durchaus konservative Komponente besaß. Die im Arbeitsplan des DPZI für das Jahr 1957 angekündigte „gründliche und umfassende Auseinandersetzung mit zum Teil einseitigen und dogmatischen Auffassungen der letzten Jahre“ (vgl. APWA – 2116) blieb theoretisch embryonal, politisch aber, wie im Herbst 1956 Ungarn gezeigt hatte, riskant.

## 6. Diskussion im Redaktionskollegium der „Pädagogik“

In der Sitzung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ vom 9.11.1956 hatte sich LAABS zu einigen Fragen geäußert, „an denen auch das Ministerium stark interessiert“ sei. Er erklärte die „Auseinandersetzung mit der Schularbeit seit 1945“ für notwendig, auf keinen Fall aber dürfe „das Moment der Selbstkritik im Vordergrund stehen“. Das Problem der Mittelschule<sup>22</sup> müsse ebenfalls diskutiert werden, aber es interessierten „hierbei nicht die organisatorischen Probleme, sondern der Erziehungs- und Bildungsinhalt und von dieser Seite her bestimmte Aussagen über die Form der Lehrpläne und über die Stunden-tafel“ (vgl. APWA – 2676). ALT, der an einer Sitzung der Kommission Pädagogik beim ZK der SED teilgenommen hatte, empfahl, „wenigstens in jedem Heft ein(en) Beitrag zu westdeutschen Problemen“ zu bringen, und zwar „unter Berücksichtigung aller positiven und fortschrittlichen Bemühungen“ (vgl. ebd.).

Aus der Sicht jener Pädagogen und Funktionäre, die maßgeblich zur Etablierung der teilweise in die Kritik geratenen Auffassungen und Praktiken beigetragen hatten, erschien die nachfolgende Diskussion allerdings zunehmend alarmierend. Nachdem DEITERS, EDGAR DREFENSTEDT<sup>23</sup> und LEO REGENER<sup>24</sup> am 9.11.1956 vom Redaktionskollegium der „Pädagogik“ auf Vorschlag von LAABS in einen „kleinen Arbeitsausschuß“ gewählt worden waren (vgl. ebd.), dem nun de facto die Leitung der Zeitschrift zufiel, beanstandete SIEBERT am 18.2.1957 in einem Schreiben an das Gremium, daß die Zeitschrift „keine kollektiven Beschlüsse“ fasse und von „irgendwelchen Einzelpersonen oder Sondereinflüssen“ bestimmt werde.<sup>25</sup> In den letzten Nummern der Zeit-

schrift würden Tendenzen sichtbar, „die ihrem Charakter als wissenschaftlicher Streitschrift der marxistisch-leninistischen Pädagogik in Deutschland“ widersprächen. Die gesetzten Schwerpunkte gingen „an der grundsätzlichen politischen Problematik der sozialistischen Schule und sozialistischen Erziehung vorbei“. Mit der Kritik gegen die angebliche „Lernschule“ befände man sich „im trauten Kreis reaktionärer bürgerlicher Ansichten, die man seitenslang aus westdeutschen pädagogischen Zeitschriften in derselben Tonart zitieren“ könne. Hingegen würden „die Erkenntnisse und Erfahrungen der Sowjet-Pädagogik“ ignoriert. In einer Reihe von Publikationen sei sichtbar, daß gegenüber dem sowjetischen „Vorbild der marxistisch-leninistischen Pädagogik“ ein „Sonderweg“ der sogenannten „deutschen Pädagogik“ gesucht werde (vgl. APWA – 1849).

Die Intervention SIEBERTS, die mit Anzeichen einer allgemeinen politischen Tendenzwende<sup>26</sup> nach den Entwicklungen in Ungarn zusammenfiel, zeigte auf der Sitzung des Redaktionskollegiums vom 22. 3. 1957 Wirkung. Die Sitzung wurde von DORST geleitet, und an ihr nahm nun als „Gast“ eine Mitarbeiterin der Abteilung Volksbildung beim ZK der SED, KATHARINA HARIG,<sup>27</sup> teil. Laut Beschlußprotokoll sollte in der Zeitschrift fortan klar ersichtlich werden, „daß es auf keinen Fall auf ein Zurück ankommen kann, sondern daß wir an einer Weiterführung der marxistischen Pädagogik arbeiten“. Jede eingereichte Arbeit sollte von zwei Kollegiumsmitgliedern begutachtet werden, bei „komplizierten Sachverhalten“ die Entscheidung bei DORST als Direktor des DPZI liegen, der von jedem Heft ein Umbruchexemplar erhielt (vgl. APWA – 2676).

Wegen „falscher Ansichten“ wurde ein Beitrag von KARL TRINKS<sup>28</sup> über Charakterbildung abgelehnt, nachdem DORST bereits den Beitrag der westdeutschen Pädagogin CLARA MARIE FASSBINDER<sup>29</sup> aus dem Umbruch genommen hatte. Die Veröffentlichung wäre „ein grober politischer Fehler gewesen“ (vgl. ebd. – Sitzung vom 22. 3. 1957). Für LAABS war die Veröffentlichung dieses Beitrags „überhaupt nicht in Betracht“ gekommen (vgl. APWA – 2677 – Gutachten LAABS vom 15. 1. 1957). ALT hatte eine Kommentierung verlangt, die aber eine wahrscheinlich aussichtslose Verhandlung mit der Autorin bedinge. Er wisse nicht, „ob es sich lohnt, sich hier in große geistige Unkosten zu stürzen“ (vgl. ebd. – Gutachten ALT vom 14. 1. 1957). DEITERS dagegen hatte gemeint, der Beitrag werde „zu der Diskussion über das Verhältnis der öffentlichen Erziehung zur Religion sehr interessieren“, denn trotz vollzogener Trennung von Schule und Kirche könne der Unterricht die Religion „nicht einfach ignorieren“ (vgl. ebd. – Gutachten DEITERS vom Februar 1957).

Über die „Linie“ der Zeitschrift beriet das Redaktionskollegium auf der folgenden Sitzung vom 5. 4. 1954. Verschiedene Anzeichen ließen bereits erkennen, bemerkte GROTH, daß „manche Leser glauben, ein völliges Umschwenken nach dem Westen sei die Linie von heute“. LAABS sprach sich dafür aus, daß weder Dogmatismus noch „blanke Spontaneität“ zuzulassen seien. Die Diskussion müsse „gelenkt, unter Umständen eingeschränkt“ werden. In der Diskussion um die Allgemeinbildung dagegen sollte „sehr großzügig“ verfahren werden, um sie in Gang zu bringen. Auszuschließen seien lediglich Auffassungen, die „ausgesprochen feindlich oder schädlich sind“ (vgl. APWA – 2676).

Zu diesen Auffassungen rechnete GROTH den jüngst gegen den Einspruch von ALT veröffentlichten und „desorientierende Tendenzen“ aufweisenden Diskussionsbeitrag eines Berufsschulleiters. In dem Artikel, den als zeitweiliger Redaktionsmitarbeiter vermutlich der von der Universität Halle ans DPZI gekommene KARL-HEINZ GÜNTHER<sup>30</sup> begutachtet hatte, war u. a. der Übergang zur Oberschule schon nach dem 6. Schuljahr angeregt worden (vgl. TEBBE 1957, S. 190). Zu diesem Beitrag ging der Redaktion eine ausgesprochen abweisende Stellungnahme des Leipziger Promovenden GOTTFRIED UHLIG<sup>31</sup> (vgl. UHLIG 1957) zu, die umgehend veröffentlicht wurde. Abzugrenzen gedachte sich das Redaktionskollegium von jener Richtung in der Diskussion, die u. a. „eine Aufteilung der Kinder nach Begabungsgruppen“, die „Zulassung radikaler Strafmaßnahmen“, die „Entschärfung‘ unserer patriotischen Erziehung“, die „Entpolitisierung der Pionierorganisation durch die Erfassung der Pioniere in Interessengruppen“ verlange (vgl. APWA – 2676 – Sitzung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ vom 5.4.1957).

## 7. Diskussion um Allgemeinbildung und Schulstruktur im „Wissenschaftlichen Rat“

Fragen der Allgemeinbildung und der künftigen Schulstruktur wurden ungeachtet der von LAABS und dem Ministerium gewünschten Einschränkung mit neuer Intensität im Wissenschaftlichen Rat des DPZI erörtert, der am 31. 10./1. 11. 1956 gegründet worden war. Im Rat, der sich aus Mitarbeitern des DPZI, Hochschullehrern, Volksbildungsfunktionären und Schuldirektoren zusammensetzte, sprach DEITERS am 28. 6. 1957 über die preußische Schulreform in den zwanziger Jahren. Die mit der Reform angestrebte „Bildungseinheit“ habe, führte er aus, „weniger im einheitlichen Wissen als vielmehr in der Herausbildung einer Persönlichkeit“ bestanden. Diese Bildungseinheit sei „in sich differenziert“ gewesen, „ohne daß sie sich als Ganzes aufhob“. DEITERS vertrat die Auffassung, „daß beim weiteren Aufbau“ der „demokratischen Schule diese Erfahrungen kritisch ausgewertet werden sollten“. In der anschließenden, sehr lebhaft geführten Diskussion sprach sich die Mehrheit der Ratsmitglieder dafür aus, die „zehnjährige allgemeinbildende Mittelschule für alle Kinder“ zur Grundlage des weiteren Aufbaus des Schulwesens werden zu lassen. Eine Minderheit hingegen vertrat die Ansicht, „bereits mit dem 6. Schuljahr mit der Oberschule zu beginnen“ (vgl. HOFMANN 1957, vgl. APWA – 1842).

WALTER WOLF, der erste Nachkriegsminister für Volksbildung in Thüringen, warf in der Ratssitzung vom 28. 6. 1957 den Vertretern einer ausgeweiteten Oberschulbildung „opportunistische Tendenzen“ vor und versuchte gegen den Einspruch von DEITERS und KARL SCHRADER<sup>32</sup> die politische Disqualifikation dieses Standpunktes. Aber auch ALT hielt dafür, daß eine ausgeweitete Oberschule nicht mit den „Prinzipien der sozialistischen Pädagogik“ übereinstimme. Er argumentierte, „daß bei aller Differenzierung unseres Schulwesens, vor allem bei den Vorschlägen, die Oberschule nach dem 6. Schuljahr beginnen zu lassen, es sehr rasch zu einer sozialen Differenzierung kommen wird, wobei Arbeiter- und Bauernkinder zu kurz“ kämen.<sup>33</sup> Hingegen vermißte der spätere Präsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften GERHART NEU-NER<sup>34</sup> „bestimmte Kriterien“, um diesen oder jenen Vorschlag als „opportunistisch“ ansehen zu können. Er glaubte darauf verweisen zu können, daß sich



auch in der sowjetischen Diskussion um die allgemeinbildende Schule „mehr und mehr die Meinung für eine Differenzierung“ entscheide.<sup>35</sup> Mit anderen Rednern vertrat DEITERS die Auffassung, „daß man nicht hinter die 10jährige Mittelschule zurückzugehen“ brauche (vgl. ebd.).

DEITERS begründete seine Auffassung unter dem 12. 7. 1957 in einer im Auftrag des Rates verfaßten „Denkschrift über die Organisation der allgemeinen Mittelschule“. Alle „Länder mit hoher Kultur, sozialistische wie kapitalistische“, strebten danach, „die Dauer des Lehrgangs der allgemeinen Volksschule um 1 oder 2 Jahre zu verlängern, so daß er dann mit dem 15. oder 16. Lebensjahr der Schüler“ abschließe. Auch in der DDR halte man an dem Beschluß fest, „an die Stelle der bisherigen 8-jährigen Grundschule fortschreitend die 10jährige Mittelschule“ im Sinne einer 10jährigen Grundschule zu setzen. Auf der Oberstufe dieser allgemeinen Grundschule sollten „mehrere verschiedene Bildungsgänge“ eingerichtet werden. Diese Bildungsgänge müßten „alle den Grundstock des Unterrichtsstoffes gemeinsam“ haben, „aus dem für alle Schüler verbindlichen ungeteilten Unterricht der allgemeinbildenden Schule“ herauswachsen und „sich in der Oberschule und in dem System der Berufs- und Fachschulen in anderer Form“ fortsetzen. Indem in jedem der einzelnen Züge der „Unterricht in allen Fächern der allgemeinbildenden Schule“ mit freilich ungleicher Stundenzahl fortgeführt werde, bleibe die „allgemeine Bildung . . . als Inhalt und Ziel überall bestehen“ und unterliege „nur in jedem der Züge gewissen Variationen“. Unterschiede der „sozialen Bewertung der verschiedenen Züge“ sollten nicht statthaben, über diese Züge der Zugang zu allen weiterführenden Bildungseinrichtungen offen sein (vgl. APWA – 0.4.5. DEITERS 4).

In der Sitzung vom 11. 10. 1957 bat der Rat seine Mitglieder um schriftliche Stellungnahme zu Fragen der Allgemeinbildung und der inneren Struktur der Mittel- und Oberschule. Eine deutliche Mehrheit sprach sich dafür aus, daß die Oberschule auf der 10jährigen Mittelschule aufbauen und als allgemeinbildende Einrichtung nicht den Charakter einer Vorbereitungsanstalt ausschließlich für die Universitäten und Hochschulen erhalten sollte. Dabei wurde eine Differenzierung der Mittelschule nach „Zügen“ oder „Kern- und Kursunterricht“ allgemein als erforderlich angesehen, wobei die Auffassungen im Detail allerdings kontrovers blieben (vgl. APWA – 1842).

Abgelehnt wurde die Differenzierung nur von dem Potsdamer Mathematikmethodiker MAX DRAEGER<sup>36</sup>. Zwar hätten die in letzter Zeit an die Schule neu gestellten, sich teilweise widersprechenden Forderungen alle ihre Berechtigung, im ganzen aber sei „eine heillose Situation“ entstanden. Es müsse nun eine Rangordnung schulpolitischer und pädagogischer Argumente zugunsten ersterer geben. Zunächst solle die von Lehrstoff entlastete und undifferenzierte zehnjährige Schule realisiert werden. Differenzierung stelle „demgegenüber schon einen gewissen Komfort oder Luxus dar, mit dem man getrost warten“ könne (vgl. APWA – 1859 – Schreiben vom 26. 10. 1957). Mit der Empfehlung einer Differenzierung „nur in den letzten 2 oder 3 Jahren“ plädierte auch ALT für den Vorrang politischer Gesichtspunkte. Eine Antwort könne nicht von „irgendwelchen praktizistischen Erwägungen“ her gegeben werden. Untauglich seien auch falsche theoretische Definitionen von „Menschenbildung“, „wie das verschiedentlich in der Zeitschrift ‚Pädagogik‘ während der letzten Monate geschehen“ sei. Antwort ließe sich nur „von den pädagogischen Forderungen unserer Gesellschaftssituation her“ finden (vgl. APWA – 1866 – Schreiben vom 12. 11. 1957).

Abweichend vom Votum der Ratsmehrheit vertrat HANS AHRBECK die Auffassung, daß die Oberschule, da an ein 13. Schuljahr wohl vorerst nicht zu denken sei, ab der Klasse 7 von der Mittelschule abzweigen solle (vgl. APWA – 1866 – Schreibem vom 14. 11. 1957). In diesem Sinne hatte BECKER, dessen Berufung in den Rat das Ministerium am 11. 11. 1957 noch zustimmte, bereits einen grundsätzlichen Artikel publiziert (BECKER 1957), der von DEITERS am 11. 7. 1957 als „wertvolle Arbeit“ und „ohne Bedenken“ zum Druck empfohlen worden war (vgl. APWA – 0.4.5. DEITERS 4). In diesem Artikel habe BECKER, so AHRBECK, „überzeugend nachgewiesen“, daß diese Art der Verlängerung der Oberschule „nicht restaurativen Charakter“ trage, „sondern unter sorgfältiger Berücksichtigung der *gegenwärtigen* wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Situation der demokratischen Schulreform“ entspreche (vgl. APWA – 1866).

Aus dem Vorschlag BECKERS, der aus einem Forschungsprojekt seines Hallenser Instituts hervorgegangen war, ergab sich nicht zuletzt die Kompatibilität mit dem Schulaufbau in Hamburg, Bremen und Westberlin, wo sich schulreformerische Ansätze aus dem Jahre 1945/46 mit der dort bestehenden sechsjährigen gemeinsamen Grundschule behauptet hatten. Eine solche Kompatibilität suchten aber weder Ministerium noch DPZI noch die SED-Führung, zumal mit den Bundestagswahlen vom 15. 9. und am 5. 11. 1957 mit der Regierungserklärung KONRAD ADENAUERS, der „die Liquidation des derzeitigen Machtregimes in der Besatzungszone“ zum Ziel der Wiedervereinigung erklärte, die unüberbrückbaren politischen Gegensätze in Deutschland erneut bestätigt worden waren. BECKERS Vorschlag wurde nahezu zeitgleich mit der Moskauer Konferenz der Kommunistischen Staatsparteien (14. – 16. 11. 1957) und der kommunistischen Weltkonferenz (16. – 19. 11. 1957) (vgl. WEBER 1990, S. 78) öffentlich. Die Konferenzen orientierten sich auf die „ideologische und organisatorische Festigung der kommunistischen Parteien“, mithin auf die Ausschaltung innerparteilicher Opposition, die des „Revisionismus“ bezichtigt wurde.

## 8. Abbruch der Diskussion

BECKERS Artikel, in zwei Teilen in der „Pädagogik“ als Spitzenbeitrag, nicht in der Rubrik „Diskussion“ erschienen, boten den von SED-Führern seit langem gesuchten Anlaß zum Abbruch der Diskussion auch in der Pädagogik, nachdem sie in anderen Bereichen bereits weitgehend unterbunden worden war. Gemessen an dem, was nun auch im Redaktionskollegium der „Pädagogik“ folgte, waren die vorangegangenen Reglementierungsversuche geradezu harmlos. So hatte WOLF dem Kollegium eine Polemik gegen GERTRUD KLAUSS<sup>37</sup> eingereicht, in deren Diskussionsbeitrag (KLAUSS 1957) er die politische Erziehung vermißte (vgl. APWA – 1849). In der Redaktionssitzung vom 6. 9. 1957 war SIEBERT dann für eine stärkere Auseinandersetzung „mit der westlichen Pädagogik“ und für mehr „wissenschaftlichen Meinungsstreit“ eingetreten. Dem hatte DEITERS mit allerdings anderer Vorstellung von Wissenschaft gern zugestimmt. Es müsse zudem die öffentliche Diskussion auch „Einfluß haben auf die Maßnahmen, die zur Diskussion gestellt werden“. Gerade auf pädagogischem Gebiet gebe es keine „wirkliche Information der öffentlichen Meinung“ (vgl. ebd.).

Mit dem Erscheinen schon des ersten BECKER-Artikels zu Beginn Oktober deutet sich bereits das Ende der wissenschaftlichen Diskussion an. DORST, der zum Themenplan der „Pädagogik“ zum zweiten Halbjahr 1957 noch angemerkt hatte, es fehle „das Wort der namhaften Pädagogen“, sie dürften „jetzt nicht schweigen“ (vgl. APWA – DPZI 1849), erkannte die politische Brisanz und die möglichen politischen Folgen des Artikels sofort. Am 4. 10. 1957 bedeutete er NEUNER, umgehend die „Auseinandersetzung mit diesem Artikel“ zu beginnen und fragte an, wer vom Redaktionskollegium den Artikel rezensiert habe (vgl. APWA – 1849).

Anzeichen einer offenen politischen Reglementierung der Diskussion bot im institutionellen Bereich am 10. 10. 1957 erstmals das Auftreten von LAABS in einer Vollversammlung aller Mitarbeiter des DPZI. LAABS sprach von der Notwendigkeit einer politischen Offensive in der Lehrerschaft und verlangte klar nach „sozialistischer Erziehung“. Die 33. Tagung des ZK der SED vom 16. – 19. 10. 1957 brachte bereits die Ablösung des Sekretärs des ZK für Kultur und Volksbildung PAUL WANDEL, den ULBRICHT „politischer Schwankungen“ bezichtigte und den intern der Vorwurf einer „Sabotage der Schulpolitik“ (vgl. SCHIRDEWAN 1990, S. 508) traf. Es wurde der „Kampf gegen den Revisionismus“ nun offen zur vordringlichen Aufgabe erklärt. Entsprechend wandte sich DORST vor den Institutsmitarbeitern umgehend gegen „Liberalismus“, die „Schule stehe vor schweren Auseinandersetzungen“, es sei „Einheit und Geschlossenheit in den Grundfragen“ zu erreichen (vgl. APWA – DPZI – Direktionsakten).

Unmittelbar nach der ZK-Tagung forderte der Minister von den Mitgliedern des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ einzeln Stellungnahmen zum Beitrag BECKERS an. DEITERS, der in seinem Gutachten vom 11. 7. 1957 „die wertvolle Arbeit ohne Bedenken zum Abdruck“ empfohlen hatte (vgl. APWA – 1849), antwortete am 25. 11. 1957, daß das „wissenschaftliche Gewicht des Aufsatzes ... außerhalb der Erörterung“ stehe. Die Forderung nach Differenzierung von einem bestimmten Zeitpunkt des Lehrgangs der allgemeinbildenden Schule an stehe „keineswegs im Widerspruch zu der sozialistischen Grundauffassung, von der Beckers Ausführungen getragen“ seien. Der von BECKER zur Diskussion gestellte Differenzierungsvorschlag entspreche zwar nicht seiner, DEITERS', Auffassung, das günstige Urteil über den Aufsatz habe sich aber „bei nochmaliger Lektüre völlig bestätigt“. Von „den Kritikern, die der Aufsatz von Becker aus dem Kreise der pädagogischen Wissenschaftler anscheinend bereits gefunden hat“, müsse erwartet werden, „daß sie demnächst mit eigenen Arbeiten gleichen Gewichtes die Arena des wissenschaftlichen Meinungsstreites betreten“ (vgl. APWA – 0.4.5. DEITERS 6)<sup>38</sup>. NEUNER räumte ein, BECKERS Ausführungen seien in „vielen Fällen richtig“, aber es sei „die Notwendigkeit des Klassenkampfes auch auf schulischem Gebiet“ übersehen worden, und der Autor sei auch an keiner Stelle auf die Sowjetpädagogik und die pädagogischen Aussagen von MARX, ENGELS und LENIN zurückgegangen (vgl. APWA – 1849).

Geradezu eine „Entlarvung“ BECKERS lieferte DORST. Ihn empörte insbesondere die „Berufung auf ausgesprochen imperialistische Pädagogen wie SPRANGER, LITT, LERSCH und KERSCHENSTEINER“. Oberster Gesichtspunkt in der Diskussion müsse nicht ein

fachlicher, sondern „ein politisch sozialistischer“ sein. Erforderlich sei eine Differenzierung, die „nicht zu alten Formen der bürgerlichen Schule“, etwa zum „Kern- und Kursunterricht oder (der) Teilung nach besonderen Zügen“ zurückkehre. Vielmehr werde die Differenzierung im Gesamtstundenplan der allgemeinen zehnjährigen Schule lediglich „einige Stunden ausmachen“. Mit seinem aus der bürgerlichen pädagogischen Literatur bekannten Gedankengerüst habe BECKER „die Wirklichkeit des Kampfes um den Aufbau des Sozialismus in unserer Gesellschaft längst verlassen“ (vgl. APWA – 2676 – Stellungnahme DORST [undatiert]). Zugleich lehnte DORST am 15. 11. 1957 einen von DEITERS zur Veröffentlichung eingereichten Aufsatz „Grundsätzliches zur künftigen Organisation der allgemeinen Mittelschule“ mit der Bemerkung ab, daß die „Konzeption des Kollegen Deiters nicht mit der Konzeption der Leitung des DPZI in dieser wichtigen schulpolitischen Frage“ übereinstimme (vgl. APWA – 1849).

Auch SIEBERT meldete sich mit einer längeren Ausarbeitung sofort zu Wort. BECKER könne „reden was er will“, er habe „das Wesen der allgemeinen polytechnischen Schule nicht begriffen“ (vgl. APWA – 2678a – Schreiben SIEBERTS an LANGE vom 21. 11. 1957). Der Abdruck des Beitrags sei von DEITERS zu verantworten, mit dem „an der Spitze“ das Redaktionskollegium „eine liberalistische, revisionistische Linie vertreten“ habe (vgl. ebd.). In einem weiteren Brief an das ZK der SED schlug SIEBERT gleichzeitig vor, eine „kritische Überprüfung der Arbeit des DPZI“ und der Lehrerbildungseinrichtungen erfolgen zu lassen sowie die „weitere Verschwendung von Staatsgeldern für sogenannte wissenschaftliche Arbeiten zu verhindern“. Der beim ZK der SED gebildete Arbeitskreis Pädagogische Wissenschaft solle mit solchen pädagogischen Wissenschaftlern besetzt werden, die in „der Parteiarbeit und schulpolitischen Arbeit“ erfahren seien. Finden könne man sie besonders an den Pädagogischen Instituten und Instituten für Lehrerbildung (vgl. APWA – 2678a – Brief SIEBERTS an RIESNER vom 23. 11. 1957).

In der Redaktionssitzung vom 6. 12. 1957 erklärte ALT, er habe seinerzeit mit seinem Artikel über die Reformpädagogik „die Grenzen für die pädagogische Diskussion zu ziehen“ versucht. Seit dem XX. Parteitag bestehe im Kollegium ein Zwiespalt, der immer wieder dazu geführt habe, „daß Artikel mit einer falschen Tendenz“ erschienen. SIEBERT, der noch weniger als ALT für die bisherige Arbeit des Kollegiums verantwortlich zeichnen wollte, konstatierte „falsche liberalistische Auffassungen über den Meinungsstreit“ insbesondere bei DEITERS. DORST meinte, seit dem XX. Parteitag sei es „zu einer ganzen Reihe von falschen Äußerungen gekommen, bis zu deutlichen Angriffen gegen die sozialistische Ordnung“. Bei aller Konsequenz gegenüber dem Revisionismus dürfe es aber „nicht zu einer Wiederbelebung des Dogmatismus“ kommen (vgl. APWA – 2676).

Am Vortag, dem 5. 12. 1957, war im „Neuen Deutschland“ ein von einer Arbeitsgruppe der SED-Parteileitung des Instituts für Pädagogik der Karl-Marx-Universität Leipzig (SCHMIDT 1984) verfaßter Artikel „Gegen revisionistische Tendenzen in der Pädagogik“ erschienen (GERBETH u. a. 1957),<sup>39</sup> den wenig später in Heft 1/1958 auch die „Pädagogik“ übernahm (GEGEN PRINZIPIENLOSIGKEIT 1969). Die Autoren lehnten alle vorangegangenen Vorschläge zur äußeren Differenzierung als letztlich politische Angriffe und Versuche zur Wiederherstellung des Bildungsdualismus ab. Stoffvermittlung, die sogenannte umfassende und wissenschaftliche Allgemeinbildung für alle Kinder, wurde allen Überlegungen zur Persönlichkeitsentfaltung übergeordnet. Der „pädagogische Standpunkt“ erhielt den Darlegungen der Autoren zufolge erst

dann Geltung, wenn die schulpolitischen Entscheidungen gefallen waren. In einem nachfolgenden Aufsatz wurden die Autoren noch deutlicher, indem sie erklärten: „Die allgemeinbildende obligatorische Mittelschule darf keine Schule werden, der es vor allem um die Entwicklung ‚spezieller Anlagen und Fähigkeiten‘ geht oder in der zu ‚reiner Menschenweisheit emporgebildet‘ werden soll. ... Die Mittelschule muß vielmehr ein Kampfinstrument der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus sein“ (vgl. GERBETH u. a. 1958). Das Diktum der Leipziger Parteiarbeiter, das sich die SED-Führung zu eigen machte, belastete die nachfolgenden Erörterungen in der DDR-Pädagogik dauerhaft. Insbesondere lähmte es, hauptsächlich zu verantworten von dem später selbst nicht mehr so sicheren Historiker UHLIG, die kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Schulgeschichte.

Im gleichen Monat begann mit der Erarbeitung von „Schulthesen“ in einem kleinen parteiinternen Zirkel die Vorbereitung einer grundsätzlichen geistigen und politischen Disziplinierung im Bereich der Volksbildung. Als Zielsetzung forderte WERNER NEUGEBAUER, 1957 bis 1962 Leiter der Abteilung Volksbildung und Kultur des ZK der SED, eine „klare, geschlossene Konzeption über sozialistische Erziehung und über (die) Führung der Diskussion“. Auch durch „Eigeninitiative in der Praxis“ werde man zur Zeit noch „überrascht“. Notwendig sei ein exaktes „politisches, pädagogisches Erziehungsziel, das staatlich autorisiert werden“ müsse. Man werde die „Macht gebrauchen bei (dem) Übergang von (der) Mittel- zur Oberschule“. Zu fordern sei eine Lehrerpersönlichkeit, die sich zum Arbeiter-und-Bauern-Staat bekenne und den dialektischen Materialismus anerkenne. Es gäbe das „Recht der Kritik an rückständigen Lehrern“, und es müsse „ein Bürger der DDR ... nicht Lehrer“ sein. LANGE konstatierte, daß der „Feind mit marxistischen Begriffen“ argumentiere, ALT, daß es im DPZI „kritiklose Aufnahme schulreformerischer Ansichten gegeben“ und „der Revisionismus unter der Flagge des (Kampfes gegen den) Dogmatismus“ geblüht habe (vgl. APWA – 1865).

Die folgende Disziplinierung im Partei- und Staatsapparat (vgl. ANWEILER 1988, S. 54; GLÄSER/LOST 1981, S. 68ff.; LOST 1990, S. 24ff.) unterband anhaltend die öffentliche Diskussion von Alternativen zu den von der SED gesetzten bildungspolitischen Postulaten. Nachhaltig wurde eine Position erhärtet und festgeschrieben, die verlangte, die gesamte nachwachsende Generation im Zuge allgemeiner gesellschaftlicher Umschichtung in den Bereich jener Bildung zu führen, die aus proletarischer Sicht schon des 19. Jahrhunderts als Privileg sozialer Eliten galt. Wie zu politischen so führte dieser Versuch auch zu erheblichen pädagogischen Spannungen, da diese Bildung dem Leistungsvermögen und der Leistungsbereitschaft aller nicht adäquat war. Zehnklassenschule für alle und polytechnischer Unterricht waren auf das Ganze gesehen dennoch bemerkenswerte und akzeptierte Innovationen in der deutschen Bildungsgeschichte. Die Frage der inneren wie der äußeren Differenzierung aber blieb bis zum Ende der DDR bei dem herrschenden bildungspolitischen Konservatismus ungelöst. Das 1946 vor allem sozialpolitisch begründete Einheitsschulmodell wurde beibehalten und verfestigt, obwohl es in andere soziale Zusammenhänge geriet.

Ideologisch bahnte sich mit dem Kurs der SED in der Erziehung und weit über sie hinaus die geistige Vorbereitung auf den 13. August 1961 an. Den

zuvor kritischen Pädagogen blieb als persönlicher Rettungsversuch die Flucht, die Aufgabe des Amtes oder die Anpassung. DORST sprach am 24.1.1958 bereits über die „allgemeine sozialistische Bildung und Erziehung“, bezeichnete die Schule als Machtinstrument der Arbeiterklasse, betonte das Erziehungsrecht des Staates und konstatierte die Lösung der Machtfrage zugunsten des Sozialismus. Mit Wirkung vom 1.3.1958 wurde allen Mitarbeitern des DPZI auferlegt, „die Klassiker des Marxismus-Leninismus zu studieren“ (vgl. APWA – DPZI – Direktionsakten). Am 29.3. wurden sie ebenso verpflichtet, „auf der Grundlage der Bestimmungen die Westsektoren nicht mehr zu betreten“ (vgl. ebd.). Auslandsreisen der Mitarbeiter unterlagen fortan der Genehmigungspflicht durch das Ministerium. Im Redaktionskollegium der „Pädagogik“ führte SIEBERT den politischen Angriff. Am 7.3.1958 stellte er den Antrag, „auf die weitere Mitarbeit des Gen. Prof. Dr. Deiters, des Gen. Prof. Dr. Dahlmann, des Gen. Staatssekretär Laabs und des Gen. Regener zu verzichten“ (vgl. APWA – 0.4.5. DEITERS 56). DORST warf er in einem Pamphlet vom 25.3.1958 u. a. „unkritische Übernahme des pädagogischen Erbes“, „Wiederbelebungsversuche verschiedener Richtungen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Reformpädagogik“, „opportunistische und liberalistische Auffassungen“ auch in der Lehrplantheorie und generell die unbefriedigende Verwirklichung der SED-Parteibeschlüsse vor. Eine „wirklich grundsätzliche, kritische Stellungnahme der Parteiorganisation des DPZI“ sei erforderlich (vgl. APWA – 2678a).

Am 10.4.1958 forderte NEUGEBAUER, verbunden u. a. mit Ausfällen gegen DEITERS, bei dem sich Elemente konservativ-klerikaler Auffassungen gezeigt hätten, auf einer Mitarbeiterversammlung des DPZI die vollständige Durchsetzung der sozialistischen Ideologie. In der Folge erfuhr das Institut und jeder einzelne Mitarbeiter eine Überprüfung durch eine Kommission des Ministeriums für Volksbildung (vgl. APWA – 1937). DORST wurde am 4.7.1958 auf einer kurzfristig anberaumten Dienstbesprechung als Direktor abberufen. LAABS, der sich noch um eine Fortsetzung der Diskussion bemüht hatte, aber zugleich Anweisung zur „Rezension“ von „desorientierenden“ Publikationen gab,<sup>40</sup> verlor nach einer Entschließung der SED-Parteiorganisation des Ministeriums<sup>41</sup> von Ende März 1958 sein Amt als Staatssekretär. LANGE wurde im Dezember gleichen Jahres abgelöst. ALT schied mit dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 aus dem ZK der SED aus. Ihm wurde vom 24.9.1958 von NEUNER mitgeteilt, daß „in einer Aussprache in der Abteilung Volksbildung beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ gegen den Wunsch der Redaktion sein Ausscheiden aus dem Redaktionskollegium der „Pädagogik“ „beschlossen worden war“ (vgl. APWA – 2676). DEITERS zog sich mit seiner Emeritierung zurück. Am DPZI wurden unter der Regie der zuständigen ZK-Abteilung die Überprüfungen mit dem Ziel fortgeführt, „daß eine ganze Anzahl sogenannter wissenschaftlicher Mitarbeiter, die auf dem Gebiet der sozialistischen Pädagogik und zur Hilfe für die Schularbeit in der Praxis nichts vorweisen können, sowie die Durchsetzung der sozialistischen Erziehung und der polytechnischen Bildung in raffinierter Weise bisher sabotiert haben, aus dem Institut entfernt werden“ (IfGA, ZPA – IV 2/905/45 – NEUGEBAUER an ULBRICHT – 4.7.1958). Zum 31.8.1958 wurden 23 Mitarbeiter des DPZI entlassen und in den Schuldienst zurückversetzt (vgl. APWA –

3014). Zuvor hatte der Wissenschaftliche Rat des DPZI „neue Aufgaben“ erhalten und war in seiner bisherigen Zusammensetzung aufgelöst worden. Der „Pädagogik“ wurde auferlegt, sich zu einer wissenschaftlich-pädagogischen Zeitschrift „neuer Art“ zu entwickeln. Mit Wirkung vom 14. 9. 1959 gehörte das Institut zum Amtsbereich der Stellvertretenden Ministerin MARGOT HONECKER.

Die Führungspositionen im Ministerium und in den Institutionen der Erziehungswissenschaft gingen weithin an Personen über, die, noch bis vor kurzem Nachwuchs, am Beginn des dritten Lebensjahrzehnts standen und in eine dreißigjährige, erst durch den Untergang der DDR beendete Amtszeit eintraten. In Spannungen auch unter ihnen blieb die Auseinandersetzung von 1955 bis 1958 bewußt, wobei divergierendes Wissenschafts- und Politikverständnis sich der Öffentlichkeit kaum noch zeigte und stets das Siegel unbedingter SED-Loyalität und des Amtserhalts trug. Damit wurde die Wissenschaft der Politik nunmehr fest untergeordnet.

## Anmerkungen

- 1 Am 10. 3. 1947 ordnete der Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung an, zur „systematischen Entwicklung, Koordination und Förderung der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der Pädagogik ... sofort Vorbereitungen zur Schaffung eines zentralen Pädagogischen Forschungsinstituts zu treffen“ (vgl. APWA – 1195). Die für das Jahresende 1948 vorgesehene Eröffnung konnte auf Grund von Raum- und Personalproblemen sowie der sich als langwierig erweisenden Konzeptionsbildung nicht realisiert werden. Ansprüche der Pädagogischen Fakultäten und der Lehrergewerkschaft auf gleichwertige Partizipation an der Leitung des dann am 15. 9. 1949 eröffneten Instituts wurden abgewiesen. Mit dem Institut in Berlin (Ost) entstand im Bereich des Ministeriums für Volksbildung eine von den schwer zu reglementierenden Pädagogischen Fakultäten unabhängige Einrichtung vornehmlich für Schulpädagogik, Lehrplanarbeit und die Lehrerbildung mit Zweigstellen in den Ländern (bis 1952). Das Institut verfügte zu Jahresbeginn 1952 über 222 Mitarbeiter, von denen 119 der SED angehörten. Unter den Mitarbeitern gab es zu dieser Zeit 16 ehemalige Mitglieder der KPD, 13 der SPD und 22 der NSDAP (vgl. APWA – 1173). Das 1954 und vor allem seit 1959 beständig ausgebauten Forschungsinstitut gewann zunehmend Kompetenzen bei der sich allmählich durchsetzenden zentralistischen Forschungsführung in der DDR. Gelegentlich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre sichtbar werdende Absichten zur Umwandlung in eine Akademie der Pädagogischen Wissenschaften nach sowjetischem Vorbild wurden erst 1970 mit der Gründung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (APW) realisiert, wobei der Akademie die maßgeblichen Pädagogen der Universitäten und Hochschulen der DDR angehörten.
- 2 Die Forderung nach „wissenschaftlichem Niveau“ und „Wissenschaftlichkeit“ bedeutete im Verständnis der SED hinsichtlich der Geistes- und Sozialwissenschaften zugleich, daß alle der eigenen Lehre nicht entsprechenden Theorien als „unwissenschaftlich“ zu betrachten und im Namen der Wissenschaft zu bekämpfen seien. Ein Beispiel für diese Denkhaltung lieferte GROTH in der Sitzung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ vom 20. 5. 1954 hinsichtlich der Diskussion über die Lehrpläne: „Es gibt Auseinandersetzungen mit nichtmarxistischen Lehrern. Wir wollen

keine Diskussion über Fragen der Weltanschauung; wir wollen die Dinge vom wissenschaftlichen Standpunkt behandeln. ... Der Lehrplan ist ein staatliches Dokument, die Lehrer sind von Dienst wegen verpflichtet, diesen Lehrplan einzuhalten. Vom DPZI kann gesagt werden, inwiefern die Erfüllung dieser Lehrpläne ein wissenschaftliches Unternehmen ist. Vielleicht kann man einen Vergleich mit den westdeutschen Lehrplänen anstellen und dabei beweisen, daß die westdeutschen Lehrpläne unwissenschaftlich sind“ (vgl. APWA – 2676).

- 3 In der SBZ war der herkömmliche deutsche Schulaufbau mit einer vierjährigen gemeinsamen Grundschule und grundständigen Realschulen und Gymnasien durch das Schulgesetz von 1946 beseitigt worden. An die nunmehr achtjährige gemeinsame Grundschule schlossen die vierjährige Oberschule, die dreijährige Berufsschule sowie Fachschulen an. Der Zugang zur Hochschule erfolgte über die Oberschule, aber auch über die Fachschulen, Abendschulen und Sonderkurse bei den Volkshochschulen. Der einheitlichen zentralen Leitung des Ministeriums für Volksbildung unterstanden die staatlichen Kindergärten, die allgemeinbildenden Schulen und Heime, die Volkshochschulen, die Institute für Lehrerbildung, die Pädagogischen Schulen für Kindergärtnerinnen und die Pädagogischen Hochschulen. Weitere Bildungseinrichtungen unterstanden dem Staatssekretariat für Berufsbildung und dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen.
- 4 Die nicht voll ausgebauten Oberschulen, deren Schüler die 10. Klasse mit der Mittleren Reife verließen, wurden zum 1.9.1955 nach den Forderungen der SED-Führung wiederum in „Zehnklassenschulen“ umgewandelt. Es blieb das Problem, daß der achtjährigen Grundschule lediglich ein zweijähriger separater Lehrgang angefügt wurde, mit dem sich kein geschlossener Bildungsgang gewinnen ließ. In einigen Schulen waren die zentralen Lehrpläne teilweise als ungeeignet außer Kraft gesetzt worden.
- 5 Die Zeitschrift „Pädagogik“ war als „Organ des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ ausgewiesen worden, lag tatsächlich aber bis 1958 in der Verantwortung des vom DPZI unabhängigen Redaktionskollegiums, in dem mit DEITERS und ALT auch die Sichtweise der universitären Erziehungswissenschaft Geltung besaß.
- 6 HRUSCHKA, EMIL (7. 4. 1911–27. 10. 1957), Sorbe, Geschichtsstudium an der Prager Universität, 1938 bis 1939 Lehrer am Realgymnasium in Mährisch-Neustadt und Trautenau, amerikanische Kriegsgefangenschaft, 1945 Angestellter im Arbeitsamt Dresden, 1946 Lehrer und Direktor in Dresden, 1949 Oberreferent im Ministerium, 1950 Hauptreferent für Geschichte und Gegenwartskunde am DPZI, Februar 1952 Abteilungsleiter für Methodik, 1954 Stellvertretender Direktor des DPZI, 1956 erster Herzinfarkt. – Weitere biographische Angaben zu im Text genannten Personen siehe: GEISLER, GERT: Zur Schulreform und den Erziehungszielen in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1947. In: Pädagogik und Schulalltag 46 (1991) 4, S. 410–422; ders.: Zur bildungspolitischen Tendenzwende in der SBZ 1947 bis 1949. In: Pädagogik und Schulalltag 46 (1991) 5, S. 529–542.
- 7 Das Stundenvolumen der achtklassigen Grundschule schon in der SBZ entsprach in etwa dem der neunklassigen Oberrealschule (nicht gerechnet die Stunden für Religion, Musik, Werkunterricht und körperliche Erziehung) in Preußen nach dem Stand von 1931 (vgl. APWA – 0.4.5. DEITERS 39 – Vergleich der Stundentafeln der Höheren Schulen Preußens nach dem Stand von 1931 mit den entsprechenden Stundentafeln der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule vom 9. Juli 1946).
- 8 DORST, WERNER (6. 1. 1914–7. 12. 1990), Sohn eines kaufmännischen Angestellten, Abitur, Studium der Geschichte, Philosophie, Geographie und Kunstgeschichte, 1936 Lehrer, 1939 Studien-Assessor in Halle, Mitglied der NSDAP, Wehrmachts-offizier, Sommer 1943 sowjetische Kriegsgefangenschaft, 1944 Mitarbeiter im Na-



- tionalkomitee „Freies Deutschland“, Lehrer an der Zentralen Antifa-Schule Krassowez, Anfang 1949 in der Schulabteilung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Referent für Oberschulen, Januar 1950 Stellvertretender Direktor des DPZI, Dezember 1950 kommissarischer, Mai 1951 berufener Direktor des DZPI, im Juli 1958 abberufen, zu „besonderen Arbeiten“ in das Ministerium für Volksbildung abgeordnet, 1958 Dozent, 1961 Professor an der Universität Jena, Sektionsdirektor und Prorektor.
- 9 GROTH, WOLFGANG (10. 7. 1901–2. 12. 1977), geb. als Sohn eines Gerichtsassistenten in Neuruppin, Besuch der Mittelschule und einer Präparandenanstalt, 1918 bis 1921 Ausbildung am Lehrerseminar in Neuruppin, bis 1924 Haus- und Hilfslehrer, danach Lehrer an Volks- und Mittelschulen bei Potsdam, 1927 Mitglied der KPD, 1933 aus dem Schuldienst entlassen, Polizeiaufsicht, Arbeitslosigkeit, Dienstverpflichtung in der Rüstung, nach Kriegsende Leiter einer achtklassigen Landschule und Direktor in der Lehrerausbildung, erster Kreisschulrat in Oelsnitz, Besuch der Landesparteihschule der SED in Sachsen, politischer Mitarbeiter im ZK der SED, 1950 Hauptabteilungsleiter für Unterricht und Erziehung im Ministerium für Volksbildung der DDR, 1954 bis 1964 Leiter des Pädagogischen Instituts Berlin (Ost).
- 10 LAABS, HANS-JOACHIM (1. 4. 1921), geb. als Sohn eines Bäckers in Kolberg, Volks- und Oberschule, Arbeitsdienst, Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft, 1945 Neulehrerkurs, Januar 1946 Lehrer in Ludwigslust, August 1947 Leiter der Grund- und Oberschule in Grabow, Mai 1948 Kreisschulrat in Ueckermünde, August 1949 Stadtschulrat von Schwerin, Februar 1950 Leiter der Hauptabteilung Unterricht und Erziehung im Ministerium für Volksbildung des Landes Mecklenburg, September 1950 Volksbildungsminister des Landes, nach Auflösung der Länder September 1952 Staatssekretär im Ministerium für Volksbildung der DDR, zuständig für die allgemeinbildenden Schulen, nach der Amtsenthebung von E. ZAISSER im September 1953 amtierender Minister, 1954 im Ministerium LANGE wieder Staatssekretär, im Frühjahr 1958 Parteiverfahren und Amtsenthebung, Bezirksschulrat in Frankfurt (Oder), danach drei Jahre Aspirantur am DPZI, Promotion 1966, Hauptdirektor des Verlages Volk und Wissen, 1970 Professor in Potsdam, 1986 emeritiert.
- 11 LANGE, FRITZ (23. 11. 1898–16. 9. 1981), geb. in einer Arbeiterfamilie in Rixdorf (Berlin-Neukölln), Besuch des Lehrerseminars in Neuruppin, 1917 Ostfront, 1919 Mitglied der USPD, 1920 der KPD, 1919 Lehrer an der von A. JENSEN geleiteten Versuchsschule in Neukölln, Mitglied der im Dezember 1920 gebildeten Reichsleitung der kommunistischen Kindergruppen, Mitherausgeber der Kinderzeitung „Der junge Genosse“, August bis Oktober 1923 zur Information über sowjetische Pionierarbeit in der Ukraine, im Frühjahr 1924 aus dem Schuldienst entlassen, journalistische Tätigkeit bei kommunistischen Presseorganen, Abgeordneter der KPD in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Mitorganisator des Neuköllner Schulstreiks vom April 1930, 1933 mehrere Monate „Schutzhaft“, Tiefbauarbeiter, kaufmännischer Angestellter, 1942 Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus („Vorbereitung zum Hochverrat“), nach Kriegsende Oberbürgermeister von Brandenburg, Vorsitzender der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, 1954 bis Dezember 1958 Minister für Volksbildung, danach Promotion und Mitarbeiter am Institut für deutsche Militärgeschichte in Potsdam.
- 12 Ursprünglich war angenommen worden, daß „an dem im nächsten Jahr stattfindenden Pädagogischen Kongreß etwa 30% westdeutsche Pädagogen teilnehmen werden“ (vgl. APWA – 2676 – Sitzung des Redaktionskollegiums der Zeitschrift „Pädagogik“ vom 2. 7. 1954). Im Vorfeld des Kongresses war eine Kommission Pädagogische Wissenschaft und Leitung von R. ALT gebildet und vorgesehen wor-

- den, u. a. H. NOHL, O. F. BOLLNOW, F. DELEKAT und eventuell TH. LITT als Kommissionsmitglieder zu gewinnen (vgl. APWA – 1156 – Beratung im DPZI am 14. 6. 1955).
- 13 Auf der Pädagogischen Arbeitstagung in Leipzig vom 31. 3. – 1. 4. 1949 hatte RÖSSGER die von SIEBERT geübte Kritik an der Arbeitsschulbewegung als „plastisch bis zur Karrikatur“ bezeichnet (vgl. APWA – 0.4.7. SIEBERT 74 – Protokoll der Arbeitstagung vom 31. 3. – 1. 4. 1949, S. 41) und daran erinnert, daß die Arbeitsschulpädagogen „ins Volk“ gegangen seien. SIEBERT dagegen verlangte statt sozialpädagogischer Bemühungen, den „gesamten wirtschaftlichen und staatlichen Apparat“ zu ergreifen (vgl. ebd., S. 48). „Wer andere Auffassungen vertritt, ist nicht ein Kämpfer für die Schulreform, sondern für Reformismus, und es geht nicht an, daß er an führender Stelle unsere Studenten reaktionär beeinflusst“ (ebd., S. 49).
  - 14 Unter dem 24. 12. 1955 schrieb DORST an RÖSSGER, es gehe bei der Erörterung von Problemen der deutschen Pädagogik darum, „neue Gesichtspunkte für eine Diskussion zu geben, an der es in den letzten Jahren, vor allem seit 1949, allzusehr gemangelt“ habe. Es seien Fehler gemacht worden, „die sich zum Teil sehr nachhaltig auf unser ganzes pädagogisches Leben ausgewirkt haben und die das selbständige Denken auch unter vielen Lehrern und gerade unter unseren jungen Lehrern nicht haben aufkommen lassen“. In diesem Zusammenhang stehe auch, daß eine undifferenzierte Einschätzung der verschiedenen Strömungen der Arbeitsschule gegeben worden sei. Man könne aber nicht sagen, daß die 1954 erschienene und vom DPZI herausgegebene Monographie von G. HOHENDORF „Die pädagogische Bewegung in den ersten Jahren der Weimarer Republik“ die „amtliche Billigung erfahren habe und von uns propagiert“ werde. Vielmehr seien „zwei Fassungen dieser Arbeit zunächst abgelehnt“ worden, und auch bei der dritten Fassung seien „ernste Bedenken“ geblieben. Erschienen sei sie dann doch „mit der Absicht, die Diskussion herauszufordern“. Es sei „aber diese Überlegung ... in dieser Weise offenbar nicht berechtigt“ gewesen (vgl. APWA – 1455).
  - 15 Bereits 1951/52 hatte das DPZI eine Diskussion zu „Fragen des pädagogischen Erbes in Deutschland“ initiiert, in der trotz aller Einschränkungen wider das geistige Diktat des IV. Pädagogischen Kongresses von 1949 versucht wurde, pädagogisch-theoretische Kontinuität aufzusuchen. Schließlich waren im Februar-Heft der „Pädagogik“ „Thesen“ erschienen. Das vorsichtige Befragen der Dogmen war von WALTER WOLF, dem neben SIEBERT aggressivsten Gegner einer geistigen Öffnung, sorgfältig registriert und vor allem mit Angriffen gegen DEITERS beantwortet worden (vgl. WOLF, W.: Einige kritische Bemerkungen zu den Thesen des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts über die Konferenzen zum deutschen pädagogischen Erbe. In: Pädagogik. Heft 2/1954, S. 123–128). SIEBERT und WOLF hatten zu Jahresende 1952 noch erfolglos eine Erweiterung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ beantragt, um so selbst Mitglied werden zu können (vgl. APWA – 1849 – Sitzung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ vom 18. 11. 1952).
  - 16 Die bis zur Kopie gehende Anlehnung an das sowjetische Vorbild in den frühen fünfziger Jahren war auch von Schulfunktionären für problematisch gehalten worden. GROTH beispielsweise verlangte in der Sitzung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ vom 30. 10. 1953, daß das „Verhältnis zur Sowjetpädagogik“ beleuchtet werden müsse, und zwar mit Blick auf „die Frage der schematischen Übertragung auf unsere pädagogische Praxis“. Eine solche Übertragung sei durch unkommentiert veröffentlichte sowjetische Übersetzungen in der „Pädagogik“ begünstigt worden (vgl. APWA – 2676).
  - 17 DEITERS schrieb unter dem 25. 2. 1956, daß seit dem IV. Pädagogischen Kongreß von 1949 „die tatsächliche Entwicklung innerhalb der Lehrerschaft und in der Schule in vielen Punkten nicht so verlaufen ist, wie es die Veranstalter der Kongresse erwar-

- teten, die Kongresse also in gewissem Maße ihren Zweck nicht erreicht haben“ (vgl. APWA – 0.4.5. DEITERS 4).
- 18 Zum Pädagogischen Rat gehörten alle an einer Schule tätigen Lehrer und Erzieher, der Vorsitzende des Elternbeirates, Vertreter der Pionier- und FDJ-Organisation. Hinzugezogen wurden zunehmend auch aktive SED-Mitglieder aus dem gesellschaftlichen Umfeld der Schule, insbesondere aus Betrieben. Als beratendes Organ verfügte der Rat über keine Entscheidungsbefugnisse. Diese lagen nach dem Prinzip der Einzelleitung allein beim Direktor oder Schulleiter, der zugleich Vorsitzender des Rates war. Mit der Schulordnung vom 12. 11. 1959 wurden die Rechte des Direktors weiter ausgebaut.
  - 19 Die 28. Tagung des ZK der SED (27.–29. 7. 1956) erklärte, daß der „Dogmatismus in der theoretischen und propagandistischen Arbeit“ zu überwinden sei und verlangte zugleich, „auf allen Gebieten das LENINSche Prinzip der strengsten Parteilichkeit strikt“ zu wahren.
  - 20 Im Beschlußprotokoll der Direktionsberatung des DPZI vom 26. 1. 1957 hieß es, jeder Mitarbeiter bringe in seinen Veröffentlichungen „seine persönliche Meinung zum Ausdruck, legt *seinen* wissenschaftlichen Standpunkt dar und trägt dafür auch die Verantwortung“. Es sei dies aber bei „dem besonderen Charakter des DPZI als staatlicher Einrichtung und zentraler wissenschaftlicher Forschungsstelle ... eine hohe Verantwortung“, besonders mit Blick „auf die Grundlagen der Politik unseres Staates und auf die Tendenz und Richtung der Entwicklung“. In „besonderen Fällen“ empfehle es sich, „die Meinung der Sektionsleitung und Institutsleitung einzuholen“ (vgl. APWA – DPZI – Direktionsakten).
  - 21 HORTZSCHANSKY, WERNER (22. 10. 1898–6. 4. 1982), geb. als Sohn eines Genossenschaftsangestellten in Berlin, 1913 bis 1916 durch Einberufung abgebrochene Volksschullehrerausbildung in Berlin, 1920 Hilfslehrer, danach erste und zweite Lehrprüfung, verschiedene Funktionen im Deutschen Lehrerverein, Mitglied der SPD und der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“, 1928 Lehrer an einer „weltlichen“ Schule in Berlin, 1933 entlassen, 1934 als Kriegsteilnehmer Wiedereinstellung, 1939 Einberufung, 1945 Rückkehr aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft, Leiter der Zentralbildstelle in der Verwaltung für Volksbildung in Berlin (Ost), 1950 Direktor des Zentralinstituts für Film und Bild, mit der Eingliederung des Instituts in das DPZI 1962 Stellvertretender Direktor.
  - 22 Impulsgebend für die Diskussion um Ausbau und Differenzierung der Mittelschule waren auch Entwicklungen außerhalb der DDR. In der sowjetischen Bildungspolitik mit ihrer offiziellen Orientierungsfunktion erfuhr die Mittelschule seit 1956 eine nachhaltige Förderung. Beobachtet wurde aber auch die Entwicklung der Mittelschule in der BR Deutschland und die Diskussion um den differenzierten Mittelbau der Hauptschule. In diesem Zusammenhang empfahl R. ALT in der Sitzung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ vom 20. 5. 1954, ein Bild des westdeutschen Schulwesens zu gewinnen, „das sich nicht nur auf die Zeitungen stützt“ (vgl. APWA – 2676). Ein Ersuchen der Redaktion, einem Mitarbeiter einen Informationsbesuch des Schulversuches „Differenzierter Mittelbau“ in der Niedersächsischen Erziehungsstätte in Braunschweig zu genehmigen, wurde von westdeutscher Seite „aus grundsätzlichen Erwägungen“ am 17. 11. 1955 abgelehnt (vgl. APWA – 2677). Eine Diskussion „mit Vertretern des Differenzierenden Mittelbaus“ fand offenbar in einer erweiterten Sitzung des Redaktionskollegiums am 6. 4. 1956 statt (vg. APWA – 1849). Das Protokoll fehlt in den Akten.
  - 23 DREFENSTEDT, EDGAR (21. 2. 1921), geb. in der Altmark, Neulehrerausbildung, Landschullehrer in der Altmark, Schulleiter und Kreisschulrat in Gardelegen, 1951 Mitarbeiter für Landschulen in der Zweigstelle Halle des DZPI, 1953 Lektor im Volk und Wissen Verlag, 1954 Chefredakteur der „Pädagogik“, 1956 bis 1960 Aspi-

- rantur am DPZI, 1960 Leiter der Sektion Allgemeinbildung und später zugleich Stellvertretender Direktor des DPZI, 1970 Direktor des Instituts für Didaktik der APW, 1973 Direktor des Instituts für pädagogische Theorie, 1984 emeritiert.
- 24 REGENER, LEO (9. 4. 1900–20. 9. 1976), geb. in Braunschweig als siebentes Kind in der Familie eines Bürovorstehers, 1914 bis 1920 Staatliche Lehrerbildungsanstalt, zugleich vier Semester Philosophie, Psychologie, Soziologie und Nationalökonomie an der TU Braunschweig, 1916 bis 1919 in der Freien Jugend (mit O. GROTEWOHL), 1919 Mitglied des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, 1919 bis 1924 Mitglied der KPD, 1924 Mitglied der deutschen Sektion der Internationale der Bildungsarbeiter, seit August 1920 im Schuldienst, im September 1933 ohne Pension entlassen, 1936 Umzug nach Berlin, 1940 bis 1944 Verlagsbuchhändler, letzte Kriegsmonate am Bodensee, 1946 (bis 1963) Mitglied im Zentralvorstand (1959 Präsidium) der Gewerkschaft Lehrer und Erzieher (1959 Unterricht und Erziehung) und 1949 der Kommission für internationale Verbindung, Mitbegründer des Gesamtverbandes Braunschweiger Lehrer 1946 und 1947 des Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes in der britischen Zone, Dezember 1946 Hauptreferent für Lehrerbildung im Hauptschulamt Berlin, Direktor des Pädagogischen Instituts von Groß-Berlin, Mai 1946 Mitglied der SED, 1947 bis 1950 Mitglied der Schulkommission im Zentralsekretariat der SED, 1952 Mitglied des Friedensrates der DDR (Kommission Pädagogik – Arbeit mit Westdeutschland), Mitbegründer des Schwelmer Kreises, Direktor der Pädagogischen Zentralbibliothek in Berlin (Ost), 1955 Mitglied der UNESCO-Kommission der DDR.
- 25 Gegen Jahresende 1956 war die Stelle des Chefredakteurs DREFENSTEDT, der eine Aspirantur am DPZI aufnahm und nur noch für eine Übergangszeit fungierte, vakant geworden. Nach Beratung im DPZI und Rücksprache mit der Abteilung Allgemeinbildende Schulen beim ZK der SED und nachdem Bedenken gegen K.-H. GÜNTHER als möglichen Nachfolger nicht ausgeräumt werden konnten, wurde zum März 1957 schließlich G. NEUNER in diese Funktion berufen, „bis eine andere Regelung getroffen werden kann“ (vgl. APWA – 1849).
- 26 Die 30. Tagung des ZK der SED (30. 1. – 1. 2. 1957) erklärte eine schnelle Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten für unmöglich und forderte, „die DDR als sozialistischen Staat allseitig zu stärken“. Zugleich wurde als politisches Ziel auf lange Sicht die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten auf „antiimperialistisch-demokratischer“ Grundlage benannt. Hinsichtlich der Wissenschaft und Kunst betonte die SED das „Prinzip der Parteilichkeit“ als Voraussetzung für die Entfaltung der Diskussion. An die Parteimitglieder erging der Aufruf, „am Kampf gegen die bürgerliche Ideologie“ aktiv teilzunehmen.
- 27 HARIG, KATHARINA (1901–1977), Abitur, Lehrerinnenseminar in Aachen, Volksschullehrerin in Bracht (belg. Eifel), 1927 Werkstudentin an der TH Aachen und an der Universität Köln, 1932 Mitglied der KPD, 1934 bis 1945 sowjetisches Exil (mit ihrem Ehemann GERHARD HARIG [1902–1966], Philosoph, Historiker und Naturwissenschaftler, 1951 Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen), 1957 bis 1962 Leiterin des Ausländerstudiums am Herder-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig.
- 28 TRINKS, KARL (29. 8. 1891–1. 7. 1981), geb. in Wolkenstein (Erzgebirge) als Sohn eines Musikdirektors, 1914 Hilfslehrer, 1914 bis 1918 als Offizier in bayerischen Infanterieregimentern, 1919 Lehrer in Dresden und SPD-Mitglied, 1924 Vorsitzender des Dresdner, 1928 des Sächsischen Lehrervereins, 1933 Schutzhaft, Hochverratsverfahren, Entlassung aus allen Ämtern, polizeiliche Überwachung, 1936 bis 1944 Hauslehrer, Beschäftigung in der Industrie, 1944 zu einer Strafkompagnie eingezogen, nach Kriegsende beauftragt mit der Aufrichtung der Lehrerbildung in

- Sachsen, 1946 ord. Prof. für Geschichte der Pädagogik an der TU Dresden, 1957 emeritiert.
- 29 FASSBINDER, CLARA MARIE (15. 2. 1890), geb. in Trier, katholisches Staatsexamen für das höhere Lehramt 1917 in Bonn, Studienassessor in Bonn und Saarbrücken, seit 1921 schriftstellerisch tätig, Mitarbeiterin in der Landesgeschäftsführung des Bühnenvolksbundes, 1935 entlassen, 1940 bis 1951 Lehrerin und Leiterin an der privaten Realschule Horrem, 1945 bis 1955 Professor für Geschichte an der Pädagogischen Akademie Bonn.
- 30 GÜNTHER, KARL-HEINZ (13. 2. 1926), geb. in einem bürgerlichen Elternhaus in Eisenach, 1944 Abitur, Aufnahme eines Medizinstudiums, Einberufung zur Wehrmacht, 1945 bis 1949 sowjetische Kriegsgefangenschaft, danach Studium der Geschichte und Pädagogik an der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg, 1951 wissenschaftlicher Assistent, 1955 Promotion bei HANS AHRBECK und danach wissenschaftlicher Mitarbeiter für Geschichte der Erziehung und Studiendirektor für Aspirantur am DPZI, 1961 Stellvertretender Direktor, 1962 Habilitation, 1970 mit deren Gründung Vizepräsident der APW.
- 31 UHLIG, GOTTFRIED (22. 7. 1928), geb. in Burgstädt (Sa) als Sohn eines kaufmännischen Angestellten, 1943 Oberrealschule, 1944 Flakhelfer, 1947 Abitur, Neulehrer in Taura (Sa), 1949 1. Lehrprüfung, Studium der Geschichte und Germanistik an der Leipziger Universität, (1953 Karl-Marx-Universität), 1951 Hilfsassistent für Geschichte der Erziehung, 1952 Staatsexamen, bis 1954 wissenschaftlicher Assistent, Aspirantur, 1957 Promotion, 1963 Habilitation, Direktor des Instituts für Pädagogik der Karl-Marx-Universität.
- 32 SCHRADER, KARL (13. 4. 1898–27. 7. 1977), geb. als Sohn eines Schmiedes in Erfurt, 1920 Volksschullehrer, 1927 Promotion an der Universität Jena, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Thüringens, nach 1933 weiter im Amt ohne Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen, nach Kriegsende Schulleiter in Jena, August 1945 KPD-Mitglied, September 1945 Schulrat, 1948 Lehrauftrag an der Pädagogischen Fakultät der Universität Jena, Oktober 1948 Dekan, bis 1955 mit kurzer Unterbrechung Dekan der Fakultät, nach deren Auflösung bis August 1962 Direktor des Instituts für Pädagogik.
- 33 In der Beratung vom 15. 5. 1957 hatte ALT davor gewarnt, „daß Überlastungsproblem unserer Schüler durch Differenzierung allein lösen zu wollen“. Zudem dürfe die notwendige Differenzierung „nicht darauf hinauslaufen, schon festzulegen, was aus dem einzelnen Kind einmal werden soll“. Es müsse bedacht werden, daß „Neigungen und Interessen der Kinder rasch wechseln“ und daher die Möglichkeit gesichert werden, die Wahl eines bestimmten Zweiges in der allgemeinbildenden Schule auch revidieren zu können (vgl. APWA – 1842).
- 34 NEUNER, GERHART (18. 6. 1929), geb. in Psychoblik (Sudeten) als Sohn eines Zimmermanns, 1945 Aussiedlung, kurzzeitig Landarbeiter, Neulehrerkurs, zwei Jahre Lehrer in Rheinsberg und Beetzendorf (Altmark), Studium an der Pädagogischen Fakultät in Halle, wissenschaftlicher Hilfsassistent bei H. H. BECKER, September 1952 Oberreferent für Kinder- und Jugendorganisation am DPZI, 1953 bis 1956 Aspirantur am Pädagogischen Institut in Leningrad, Mitarbeiter am DPZI, 1957 bis 1963 Chefredakteur der Zeitschrift „Pädagogik“, 1961 Direktor des DPZI, 1970 mit Gründung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR deren Präsident, Rücktritt im Dezember 1989.
- 35 Im DPZI wurde die pädagogische Diskussion in der UdSSR nach dem XX. Parteitag gründlich verfolgt und als Bestärkung aufgefaßt. DORST wandte sich mehrfach gegen Interpretationen in der DDR, mit denen „die sowjetische Pädagogik aus einer lebendigen marxistischen Wissenschaft zu einer toten Dogmenlehre“ gemacht werde (vgl. APWA – DPZI – 1843 – Schreiben an die Redaktion der „Pädagogik“ –

6. 9. 1957). NEUNER vertrat in einem grundsätzlichen Artikel hinsichtlich der sowjetischen Pädagogik den Grundsatz, nicht zu kopieren, sondern „mit Verstand studieren“. Zudem trete man den sowjetischen Pädagogen „nicht mit leeren Händen“ gegenüber, es gäbe eigene bürgerliche und sozialistische Traditionen, ebenso eigene Erfahrungen und einen eigenen Standpunkt (vgl. NEUNER, G.: Die pädagogische Wissenschaft der Sowjetunion nach dem XX. Parteitag. In: Pädagogik 11 (1957) 11, S. 830f.).
- 36 DRAEGER, MAX (8. 10. 1895), geb. in Berlin, 1914 Abitur, Studium und 1919 Promotion in Jena.
- 37 KLAUSS, GERTRUD (21. 1. 1903–20. 12. 1980), geb. in Steutz (Kreis Zerbst) als Tochter eines Beamten, 1918 bis 1922 Oberlyzeum in Dessau, 1922 bis 1945 Lehrerin in Dessau, Coswig und zuletzt in Dresden, 1946 SED-Mitglied, Dozentin in der Lehrerbildung in Köthen, 1947 Referent für Weiterbildung im Kreisschulamt Dessau, 1948 Schulrat in Dessau, im September 1949 Hauptreferent (Deutsch) in der Zweigstelle Halle des DPZI, im März 1952 Abteilungsleiterin (Fernstudium) im DPZI, 1958 als Direktorin wieder im Schuldienst in Dessau.
- 38 In einem von der „Deutschen Lehrerzeitung“ angeforderten und nicht veröffentlichten Artikel schrieb H. DEITERS unter dem 20. 12. 1957, er zähle H. BECKERS Beitrag zu den besten, „die in den letzten Jahren in der ‚Pädagogik‘ erschienen sind“. Der Beitrag stehe „recht verstanden nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen der sozialistischen Pädagogik“. Im übrigen kenne er BECKER „aus jahrelanger Zusammenarbeit ... als einen überzeugten Vertreter der sozialistischen Pädagogik und im besonderen der demokratischen Einheitsschule“ (vgl. APWA – 1849). BECKER, der 1942 in Leipzig zum Thema „Persönlichkeit und Manneszucht. Eine Frage der Wehrmachtserziehung“ promoviert hatte, war nach 1945 in Halle mit u. a. psychologischen Fragen, Untersuchungen zur Pionierorganisation und der Mitarbeit an einem dann unvollendet gebliebenen Lehrbuch der Pädagogik befaßt. Er ging 1958 eher zögernd nach Westdeutschland, ohne sich öffentlich weiter zu den Vorgängen in der DDR zu äußern.
- 39 Die Leipziger Universität war nach 1945 durch die geistige Ausstrahlung TH. LITTS auch in der Pädagogik zu einem Schwerpunkt der SED-Kaderpolitik geworden. Als Vorläufer der SED-Parteorganisation hatte sich im November 1949 ein „pädagogisches Aktiv“ konstituiert, das sich für eine zielstrebige Beschäftigung mit der Sowjetpädagogik und die Verdrängung reformpädagogischer Auffassungen einsetzte. Die SED-Parteorganisation am Institut für Pädagogik umfaßte 1956 73 Mitglieder und 8 Kandidaten (vgl. SCHMIDT 1984, S. 15). Allerdings war auch in dieser SED-Grundorganisation „bei Vorherrschen einer klassenmäßigen Haltung noch keineswegs bei allen Genossen restlos Klarheit“ vorhanden (vgl. ebd., S. 23), so daß der Artikel zunächst zur „Auseinandersetzung in der eigenen Grundorganisation“ (vgl. ebd.) verfaßt wurde und zuerst in der Leipziger Universitätszeitung erschien.
- 40 In einem Schreiben vom 3. 2. 1958 machte LAABS den Chefredakteur der „Pädagogik“ NEUNER u. a. auf die Schriftenreihe „Diskussionsbeiträge zu Fragen der Pädagogik“ aufmerksam, die „in mehreren Exemplaren ein Musterbeispiel der Weltabgewandtheit“ sei. Die von H. AHRBECK und H. H. BECKER betreute Arbeit beispielsweise von K.-H. GÜNTHER über H. GAUDIG erweise sich als „reichlich antiquiert“. Gerade GAUDIG, „weit reaktionärer als Kerschensteiner“, könne „wirklich wenig für unsere pädagogische Diskussion geben“ (vgl. APWA – 2678a). Die Arbeit von GÜNTHER erfuhr sodann in Heft 9/1958 der „Pädagogik“ eine politisch inquirierende Rezension durch G. UHLIG.
- 41 In der Entschließung hieß es, daß sich das Ministerium die „Beschlüsse der Partei zu schulpolitischen Fragen ungenügend zur Grundlage der Arbeit gemacht“ habe. Das

gelte in besonderem Maße für „die Genossen der Leitung des Ministeriums“. Der Minister sei „zeitweilig einseitig gegen den Dogmatismus“ aufgetreten und habe „relativ spät die Erscheinungen des Revisionismus auf pädagogischem Gebiet“ erkannt (zit. nach GLÄSER/LOST 1981, S. 83f.).

## Archivalien

DIPFA (Archiv der ehemaligen Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, seit 1. 1. 1992 dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung [DIPF] angeschlossen) – siehe die im Text bezeichneten Akteneinheiten, sämtliche Archivalien unpaginiert.

Zentrales Parteiarchiv beim Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA). Volksbildung Sign.: IV 2/905/45.

## Dokumente

AUFGABEN und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses. Berlin (Ost) 1956.

DOKUMENTE zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 1: 1945–1955. Berlin (Ost) 1970 (Monumenta Paedagogica. Bd. VI).

DOKUMENTE zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 2: 1956–1967/68, 1. Halbband. Berlin (Ost) 1969 (Monumenta Paedagogica. Bd. VII/1).

PROTOKOLL der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958. 6. und 7. Verhandlungstag. Berlin (Ost) 1959.

## Weitere Quellen

ALT, R.: Über unsere Stellung zur Reformpädagogik. In: Pädagogik 11 (1956) 4/5, S. 345–367.

BECKER, H. H.: Über das Wesen der Allgemeinbildung und einige aus ihm sich ergebende Folgerungen für das System der Volksbildung. In: Pädagogik 12 (1957) 9, S. 663–676 und 10, S. 721–726.

DORST, W.: Unser Wort. In: Pädagogik 12 (1957) 1, S. 1–4 (a).

DORST, W.: Probleme der gegenwärtigen pädagogischen Diskussion (1. Teil). In: Pädagogik 12 (1957) 4, S. 244–263 (b).

DORST, W.: Probleme ..., a. a. O. (2. Teil). In: Pädagogik 12 (1957) 6, S. 407–427 (c).

Gegen Prinzipienlosigkeit in der gegenwärtigen pädagogischen Diskussion. In: Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 2: 1956–1967/68. 1. Halbband. Berlin (Ost) 1969, S. 69–73 (Monumenta Paedagogica. Bd. VII/1).

GERBETH, W./TSIRADSIDIS, S./UHLIG, G.: Gegen revisionistische Tendenzen in der Pädagogik. In: Neues Deutschland, 5. 12. 1957, S. 4.

GERBETH, W./TSIRADSIDIS, S./UHLIG, G.: Unsere Kinder brauchen ein hohes Wissen. In: Neues Deutschland. 11. 3. 1958, S. 4.

Grundprobleme der deutschen Pädagogik. Beiheft der „Pädagogik“ 1956. Berlin (Ost) 1956.

- HOFMANN, H.-G.: Achte und neunte Sitzung des Wissenschaftlichen Rates. In: *Pädagogik* 12 (1957) 12, S. 921–923.
- KLAUSS, G.: Einige methodische Probleme unseres gegenwärtigen Unterrichts. In: *Pädagogik* 12 (1957) 5, S. 345–353.
- TEBBE, A.: Zur Diskussion über Probleme der Allgemeinbildung. In: *Pädagogik* 12 (1957) 3, S. 184–192.

### *Literatur*

- ANWEILER, O.: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR. Opladen 1988.
- GEISSLER, G.: Schulgeschichte im Umkreis des 17. Juni 1953. In: Wortmeldungen 4. Entschulung der Schule? Berlin 1990, S. 151–165.
- GEISSLER, G.: Zur bildungspolitischen Tendenzwende in der SBZ 1947 bis 1949. In: *Pädagogik und Schulalltag* 46 (1991) 5, S. 529–543.
- GLÄSER, L./LOST, CH.: Zur Entwicklung des Volksbildungswesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost) 1981 (Monumenta Paedagogica. Bd. XIX).
- KASPER, C.: Politische Bildung und Erziehung an allgemeinbildenden Pflichtschulen der DDR im Zeitraum von 1945 bis zur Mitte der 50er Jahre. Berlin, Humboldt-Universität, Diss. (A) 1991.
- LOST, CH.: Zur Diskussion von Fragen der Einheitlichkeit und Differenzierung grundlegender Allgemeinbildung Mitte der fünfziger Jahre in der DDR. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. G-Reihe* 39 (1990) 10, S. 20–29.
- SCHMIDT, R.: Die Rolle der Parteiorganisation des Instituts für Pädagogik der Karl-Marx-Universität in der Auseinandersetzung mit revisionistischen Erscheinungen in der Pädagogik der DDR in den Jahren 1957/58. In: *Beiträge zur Geschichte der Pädagogik an der Universität Leipzig*. 2. Folge. Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion, Pädagogik, Wissenschaftsbereich Geschichte der Pädagogik, 1984, S. 11 ff. (Manuskriptdruck).
- WEBER, H.: DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990. Hannover 1991.

### *Abstract*

From 1955 to 1958, a final pedagogical and school-structural discussion integrating the public took place in the GDR, the results of which predetermined the development of the next three decades and the ultimate failure of the political system, including its school system. The author examines the conditions, the course, and the results of this discussion, mainly on the basis of unpublished documents as yet unexplored that contain above all information on internal political tensions, educational-political considerations, and conflicting scientific concepts in the circle of the leading educational scientists and school functionaries.

### *Anschrift des Autors*

Dr. habil. Gert Geissler, John-Sieg-Str. 24, O-1130 Berlin.